kommunistische hochschulzeitung

Okt. 1975 Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation/Wien (MLS) Preis 3.-

Aus dem Inhalt :

UOG: Schwerer Angriff auf die politischen Freiheiten

Die letzten Semester zeigen das Bild eines recht lebhaften politischen Klimas auf der Uni. Das Kräfteverhältnis hat sich stetig zugunsten der fortschrittlichen Kräfte gewandelt. Insbesondere auf den Instituten haben sich die politischen Aktivitäten der Studenten erheblich verstärkt. In den Lehrveranstaltungen hat sich der Wunsch nach inhaltlicher Auseinandersetzung mit dem gebotenen Stoff, nach Kritik der gelehrten Wissenschaft nicht selten schon in Auseinandersetzungen mit den Lehrenden - die teilweise recht scharf geführt wurden - materialisiert. Daß die Professoren dabei meist versuchen mußten, die freie Auseinandersetzung mit ihren Inhalten durch Diskussionsverbote, etc. zu unterbinden, zeigt klar, daß es nicht die Studenten sind, die die Auseinandersetzung fürchten, sondern die Professoren. Oft ist es den Studenten auch gelungen, die freie Diskussion einfach durchzusetzen.

An einer Reihe von Instituten haben in den letzten Semestern die Studenten gegen die Studienordnungen und Studienpläne, die allesamt die Studienbedingungen ungeheuer verschärfen, gekämpft und konnten dabei auch teilweise Erfolge buchen, wie etwa die Architekturstudenten, die die neue Studienordnung zu Fall brachten. Die Einführung des Numerus Clausus für die ausländischen Kollegen, die geplante Lehramtsstudienordnung, haben zu einer Reihe von Kampfschritten geführt, die mit einiger Bewußtheit und breiter Unterstützung gesetzt wurden.

Alles in Allem: keinesfalls verläuft das Leben auf der Uni heute so harmonisch, wie es einmal war. Die hehre Stätte der hohen Wissenschaften ist heute von vorn bis hinten mit Plakaten und Wandzeitungen "geschmückt", die den Standpunkt der Arbeiterklasse zu allen wichtigen gesellschaftlichen Fragen propagieren. Der Spruch in der Eingangshalle des Neuen Institutsgebäudes "Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei" wird von kaum jemand ernst genommen.

Diese Entwicklung sieht die Bourgeoisie gar nicht gern. Hochschulbehörden und Staat unternehmen alles Mögliche, um die freie ideologische und politische Auseinandersetzung zu unterdrücken. Denn mit Recht fürchten sie sich davor, muß doch diese notwendig zur Aufdeckung der Wahrheit führen, daß die Herrschaft der bürgerlichen Klasse unvereinbar ist mit den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Daß die Hochschule eine Einrichtung der Bourgeoisie ist, um eine intellektuelle Elite heranzubilden, die sie für die Sicherung ihrer ökonomischen, politischen und auch geistigen und kulturellen Herrschaft über die Arbeiterklasse und das Volk einsetzen kann, die entsprechend staatstreu ist und über die notwendigen Kenntnisse verfügt, um die Funktionen von Wirtschaftswissenschaftlern, Techniker, Leitern der Produktion, Juristen, Politiker und Pfaffen, und nicht zuletzt von willfährigen Erziehern ihres Nachwuchses an den höheren Schulen, wahrzunehmen.

Bisher hat die Bourgeoisie das der Willkür und den Fähigkeiten einzelner Professoren überlassen, doch funktioniert das immer weniger reibungslos. Damit diese Aufgaben effektiv und rationell erfüllt werden, nimmt der Staat diese Sache verstärkt selber in die Hand. Dazu dient auch das UOG (Universitätsorganisationsgesetz), mit dem der Staat die politische Situation auf der Uni in den Griff kriegen will.

FORTSETZUNG SEITE 2

Arbeitsmarkt für Akademiker und Bildungspolitik der Bourgeoisie

Schon seit längerer Zeit hört man auch bei uns in Österreich vom drohenden "akademischen Proletariat", von der Gefahr der Akademikerarbeitslosigkeit. Wie sieht die Lage wirklich aus? Was bezwecken die politischen Organisationen, wenn sie düstere Prognosen für Akademiker und auch für Studenten aufstellen? Was sagt die SPÖ? Vor allem aber: Welche Bildungspolitik macht die Regierung tatsächlich?

DIE ARBEITSMARKTSITUATION FÜR AKADEMIKER

Zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (20.9.1974) gab es 124 vorgemerkte arbeitslose Akademiker in ganz Österreich. Diese Zahl ist verschwindend klein - auch wenn man bedenkt, daß hier nur Personen erfaßt wurden, die bereits in einem Dienstverhältnis gestanden sind und sich auch selbst gemeldet haben. Von Akademikerarbeitslosigkeit ist also bisher nicht viel zu bemerken. Allerdings ist diese letzte Erhebung bereits ein Jahr alt - und in diesem Jahr hat sich die wirtschaftliche Krise in Österreich erheblich verschärft. Die Arbeitslosigkeit stieg insgesamt in diesem Jahr sprunghaft an und die offiziellen Prognosen liegen bei 80.000 Arbeitslosen. Die Zahlen der Erhebung über arbeitslose Akademiker vom September dieses Jahres liegen leider noch nicht vor. Aber die allgemeine schlechte Entwicklung kann an den Akademikern nicht spurlos vorübergehen.

Die Grundlage dafür, daß auch die Akademiker von den Folgen der Krise getroffen werden, ist die, daß schon seit Jahren ein Prozeß der Deklassierung der Intelligenz eingesetzt hat, der die materielle und soziale Lage der Akademiker der Lage der übrigen werktätigen Bevölkerung angleicht. Privilegien werden abgebaut - allerdings ohne daß der Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit abgebaut wird. Die

FORTSETZUNG SEITE 11

FORTSETZUNG VON SEITE 1

UOG ...

Die Durchführung des UOG wurde bereits gleich nach den ÖH-Wahlen vorbereitet. Das Rektorat der Uni Salzburg begann, die Meinungs- und Informationsfreiheit und das Recht auf freie politische Betätigung massiv einzuschränken. Gegen verschiedene Gruppen wurde Anzeige wegen "wilden Plakatierens" erstattet, Hörsäle nur noch für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen vergeben, Informationsstände generell untersagt, für Plakate eine Vorzensur eingeführt, mehrere zurückgewiesen.

Der Rektor der Uni Wien verbot zu Beginn dieses Semesters eine Veranstaltung des KSV zu den Nationalratswahlen, sowie einen Vietnamabend des VSStö. Diese Maßnahmen wurden noch mit Bestimmungen aus dem ÖH-Gesetz begründet, aber sie gaben einen guten Vorgeschmack, was das UOG bringt.
Frau Minister Firnberg, die "Mutter" des UOG, zu diesem Vorfall: Auf einer Pressekonferenz sagte sie wörtlich "Das ist doch nix für Studenten; das geht zu weit". Sie unterstütze den Rektor voll und ganz, handle es sich ja bei der besagten Veranstaltung nicht um "rein studentische Angelegenheiten".

Alle Versuche, die freie politische Betätigung auf der Hochschule zu unterbinden, finden nun ihre rechtliche Absicherung und Grundlage im UOG, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist. Um unliebsame Veranstaltungen zu verhindern, wird der Rektor nun auf § 105 des UOG verweisen können, in dem festgelegt wird, daß nur noch "Veranstaltungen über Gegenstände der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, der hiemit in Verbindung stehenden kulturpolitischen Fragen, sowie Veranstaltungen, die der Bildung und Kultur dienen" durchgeführt werden können. Darüberhinaus kann er jederzeit auch derartige Veranstaltungen untersagen, wenn er der Meinung ist, es fehlten die geeigneten Räume dafür.

Weiters legt das UOG die Grundlagen für Polizeieinsätze gegen "Unruhen" auf der Hochschule, wie den Erläuterungen zur Gesetzesvorlage zu entnehmen ist. Weiters wird die Herstellung der Öffentlichkeit über Vorgänge in akademischen Gremien, in denen die vielgerühmte Mitbestimmung stattfinden soll, ausdrücklich verboten. Unliebsame Studenten, solche, die sich den Mund nicht verbieten lassen, können vom Ministerium jederzeit aus den "Kollegialorganen" (Nomen est omen?) entfernt werden (§ 21).

WEG MIT DER POLITIK VON DEN INSTITUTEN

Verstärkt werden sich die reaktionäre Hochschulbürokratie und ihre Handlanger in der Studentenschaft in nächster Zeit auf diese Paragraphen berufen. Derzeit versuchen sie hauptsächlich auf den Instituten "law und order" herzustellen. Dabei finden sie ihre verläßlichsten Verbündeten in den Reihen jener, die Zeter und Mordio geschrieen haben, als das UOG im Parlament beschlossen wurde: unter dem reaktionären Professorenklüngel und den rechten Studenten. Ihre gemeinsame Parole: Weg mit der Politik von den Instituten !

Nur wenn es ihnen gelingt, auf den Instituten "Ruhe und Ordnung" durchzusetzen, nämlich dort, wo die Studenten massenhaft zusammengefaßt sind, bekommen sie die nötige Rückendeckung, um zum Generalangriff auf die freie politische Betätigung zu blasen. Daher ist jeder Schritt, den wir auf den Instituten zurückweichen, ein Schritt zur Durchsetzung des UOG. Daher gilt es, sich nicht abzufinden mit jeder einzelnen Maßnahme, die einen Angriff auf unsere Rechte darstellt.

D.W.

KSV: Große Worte und Kapitulation

"Der Kommunistische Studentenverband wendet sich an alle demokratischen und fortschrittlichen Studenten mit dem Aufruf, gemeinsam der Einschränkung der Freiheit der politischen Betätigung an den Hochschulen entgegenzutreten." Wer das Verhalten des KSV anläßlich des Hörsaalverbotes für seine Wahlveranstaltung mit dem KP-Vorsitzenden Muhri kennt, wundert sich, diese Zeilen in der "Volksstimme" (16.9.) zu lesen. Nicht nur hat sich der KSV nicht an die Studenten gewandt, vielmehr hat er völlig kapituliert vor diesem Angriff auf die freie politische Betätigung und damit eine äußerst schädliche Rolle gespielt. Anstatt die Studenten aufzufordern, dieses Verbot nicht hinzunehmen und sich darüber hinwegzusetzen, von dem Recht auf Stellungnahme zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen (z.B. Nationalratswahlen) auf der Universität Gebrauch zu machen, gab er vor dem Rektor klein bei und führte die Veranstaltung mit geändertem Thema ("Haltung der Kommunisten zu hochschulpolitischen Fragen") durch. Natürlich hat er trotzdem auf der Veranstaltung zu den Wahlen Stellung genommen und den Studenten einzureden versucht, die KPÖ zu wählen, weil sie die einzige Alternative wäre. - Taktisch klug? Sehr geschickt? Den Rektor überlistet?
Solch ein Unsinn mag nicht verwundern bei einer Organisation, die auch der Meinung ist, das UOG biete immerhin einige demokratische Ansätze, die "gegen rechts und ultralinks" verteidigt werden müßten, deren Politik auf der ganzen Linie Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat und seinen Gesetzen bedeutet.

Solch eine Haltung der Kapitulation spielt aber dem Ministerium und der Hochschulbürokratie bei ihren Versuchen, auf der Hochschule eine "Friedhofsruhe" herzustellen, die freie politische Betätigung zu unterbinden, in die Hände. Denn ihre Absichten sind klar und eindeutig, daran können die Studenten - auch der KSV - mit der Bitte, sie mögen doch etwas demokratischer sein, nichts ändern. Wohl aber können die Studenten verhindern, daß diese Angriffe durchgesetzt werden, indem sie auf ihren Rechten bestehen und sie gebrauchen. Jedes Abfinden mit solchen Einschränkungen (und das Manöver des KSV ist ein solches) bedeutet ein Zurückweichen, erleichtert der Reaktion weitere Schritte in dieser Richtung. Jeder Verzicht darauf, die Studenten zu mobilisieren und sich über Verbote hinwegzusetzen, bedeutet den Verzicht auf das Recht der freien politischen Betätigung an der Hochschule.

D.W.

Arbeitsplatzsicherung durchs UOG?

Wer nach dem 1. Oktober eine Prüfung abgelegt hat, wird sich vielleicht wundern, warum es diesmal so lang dauert, bis er sein Zeugnis in Empfang nehmen darf. Der Grund: Seit 1. Oktober gilt das UOG. Und dort steht (§79,Abs.2, lit. f): Der Universitätsdirektion obliegt "die Ausfertigung von Zeugnissen und ihre Evidenzhaltung". Gehandhabt wird das ganze so (laut dem Rundschreiben 1 1975/76 der Universitätsdirektion): Der Prüfer füllt, wie bisher, das Zeugnisformular aus, dann kommt es mitsamt dem Duplikat zum Rektorat, "das Rektorat leitet (sie) gesammelt an die (dem Ministerium direkt unterstehende - der Verf.) Universitätsdirektion weiter, die sie mit einem Fertigungsvermerk versieht" und dann geht es wieder den ganzen Weg zurück. Das Ergebnis davon:

- wochenlanges Warten auf die Zeugnisse
- zusätzliche Belastung für die Bürokräfte an den Instituten.

Die Auswirkungen sind in ihrer gesamten Tragweite noch nicht abzuschätzen, doch befürchten viele Studenten, dass sie ihre fürs Stipendium notwendigen Zeugnisse erst nach Ablauf der Angtragsfrist bekommen werden. Es besteht auch die Gefahr, dass man die Zeugnisse, die man für die Zulassung zu bestimmten Lehrveranstaltungen benötigt, zu spät bekommt, und so unter Umständen ein Semster verliert. Im Zusammenhang mit den neueingeführten STOen kann das bedeuten, dass man die Frist für die 1. Diplomprüfung (je nach Studienrichtung 5 bis 7 Semester) nicht schafft, was für viele den Studienabbruch nach sich zieht (z.B. weil sie dann kein Stipendium mehr bekommen).

A propos Frist für die 1. Diplomprüfung: Die zentrale Evidenzhaltung der Zeugnisse soll wohl ermöglichen, die Einhaltung dieser Frist sowie der 3-Semesterklausel gleich per Computer zu übersehen.

Was tut der Staat nicht alles, um eine umfassende Kontrolle und Reglementierung zu ermöglichen. Oder dient das ganze etwa nur der Arbeitsplatzsicherung für die durch die verschärfte Auslese der Studenten von Arbeitslosigkeit bedrohten Zeugnisstempler?

G.M.

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG
Erscheint 8mal jährlich. Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement inkl.Porto (8 Nummern) S 34.- im Inland, S 40.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an MLS Wien, 1080, Mölkergasse 3 oder telephonisch: (0222) 42 18 625. Einzahlung auf Konto Nr.BAWAG-Zentrale 024 31 211; Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nr.

Impressum:Eigentümer, Herausgeber,Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation(MLS);f.d.Inhalt verantwortlich:Herbert Veranic;alle:1080 Wien, Mölkerg. 3;Druck:Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien,Halbgasse 12.

Soziologie: Drei Kollegen von Professor Bodzenta angezeigt!

Ende letztes Semester fand am soziologiscnen Institut (Phil. Fak.) eine Institutsbesetzung statt. Jetzt sind die von Professor Bodzenta während der Besetzung ausgesprochenen Drohungen mit gerichtlicher Verfolgung von ihm selbst in die Tat umgesetzt worden! Er erstattete gegen drei Kollegen Anzeige. Die Anklage lautet auf schwere Körperverletzung und Hausfriedensbruch, wie die Kollegen bei ihrer polizeilichen Einvernahme erfahren konnten.

Was war vorgefallen?
Die Soziologie-Studenten hatten während ihres aktiven Vorlesungsstreiks eine Streikversammlung am Soziologischen Institut (Phil.Fak.) einberufen. Auf ihr wurde die Institutsbesetzung und deren sofortige Durchführung beschlossen. Die Studenten betraten in aller Ruhe die einzelnen Räumlichkeiten, um die Professoren und Assistenten über den Beschluß zu informieren. Während sich der Großteil des Lehrkörpers darauf beschränkte uns zu beschimpfen, griffen Zapototzky und Bodzenta einige Studenten tätlich an. Nachdem alle Manöver - sowohl die Drohungen uns nicht dissertieren zu lassen, als auch die Drohung mit gerichtlicher Verfolgung - sowie die tätlichen Angriffe die Soziologie-Studenten nicht von ihrem Beschluß abbringen konnten, forderte Bodzenta alle seine Mitarbeiter auf, das Institut mit ihm zu verlassen, was auch geschah. Nach Abhaltung einer Pressekonferenz am nächsten Vormittag wurde die Besetzung abgebrochen.
Die Institutsbesetzung war ein richtiger Schritt im Kampf gegen den Studienplan (St.pl. - die Einführung der Diplomstudienordnung), das beweist allein die Tatsache, daß sich Prorektor Winkler und Dekan Komarek mit uns an einen Tisch setzen mußten und gezwungen waren auf der Pressekonferenz, die im Radio gesendet wurde, Stellung zu beziehen - auch das Ministerium mußte zugeben, Fehler gemacht zu haben.

Gegen wen wurde der Kampf geführt?
Um welche Rechte geht es?

Der Kampf wurde geführt gegen die Interessen des Ministeriums, ein Diplomstudium einzuführen. Viele Studenten wissen bereits, was es heisst, nach der Diplomstudien-Ordnung studieren zu müssen. Für die Soziologiestudenten konkret heisst das: Totale Reglementierung des Studiums - Erhöhung des Leistungsdrucks - 6 Semester-Frist - 3 Semesterklausel - ständiger Prüfungsterror. Klar ist, dass solche Bedingungen jede freie politische Auseinandersetzung mit den Inhalten des Studiums sowie mit den Ausbildungszielen unterbinden sollen. Genau um jene Rechte ging es und geht es im Kampf der Soziologiestudenten gegen die Unibürokratie und das Ministerium. Auf der einen Seite also die Interessen des Staates, willfährige Instrumente der Bougeoisie heranzuziehen - mit dem Ziel, die kapitalistische Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten -, auf der anderen Seite die Soziologiestudenten, die sich diesem Ziel, Funktionäre der herrschenden Klasse zu werden, nicht unterordnen wollen. Viele Studenten haben bereits erkannt, dass es in ihrem Kampf um das Recht um freie Auseinandersetzung darum geht, den politisch-ideologischen Einfluss der Bourgeoisie zu bekämpfen - das heisst, im offenen Meinungskampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie den Standpunkt der unterdrückten Klasse zu vertreten. Die herrschende Klasse darf auf der Uni nur eine Meinung gelten lassen: ihre. Je mehr sie politisch-ideologisch ins Wanken gerät, und die Studenten erkennen, dass die Wissenschaft, die ihnen gelehrt wird, in jeder einzelnen Frage dazu da ist, die Ausbeuterverhältnisse zu legitimieren - also sich gegen die Interessen des Volkes richtet -, desto mehr versucht sie, den offenen Meinungskampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Ideologie zu unterbinden, und zwar deshalb, weil sie fürchten muss, in diesem Kampf zu unterliegen.

Was zeigt der Verlauf des Kampfes?

Der Verlauf des Kampfes, der von beiden Seiten mit Härte geführt wurde, zeigt in erster Linie, wie ernst es dem Ministerium und der Uni-Bürokratie mit der Durchsetzung ihrer Interessen auf unserem Institut ist: Auf die Ablehnung des St. Planes auf einer öffentlichen St.K.-Sitzung stellte uns das Ministerium vor die Alternative, entweder den St.Plan anzunehmen, oder nicht mehr weiterstudieren zu dürfen. Wir antworteten mit einem Warnstreik im November des Vorjahres - zahlreiche Vorsprachen bei Ministerialbeamten, die unsere Forderung nach "Recht auf Studienabschluss" ablehnten -, Streik und Institutsbesetzung Ende letztes Semster.

In dieser Zeit wurden am Institut öffentliche Auseinandersetzungen um Fragen des nationalen und internationalen Klassenkampfes geführt: Frage der Abtreibung, 1. Mai, Indochina, um nur einige zu nennen. Im Zuge der allgemeinen Politisierung der Studenten, die sich im Interesse an diesen Fragen äusserte, kam es zur offenen Konfrontation mit Teilen der Professorenschaft. Professor Bodzenta brachte seine Gesinnung zum Ausdruck, als er Plakate der Studenten herunterriss, die die ersatzlose Streichung des § 144 forderten. Er selbst nahm öffentlich in einer Zeitung für die "Aktion Leben" Stellung. Prof. Reichhardt von der Jur.Fak. versuchte, uns den Hörsaal für die Abhaltung einer Indochinaveranstaltung zu ver-

FORTSETZUNG SEITE 4

Bodzenta - ein »Mann der Wissenschaft«

Die Ereignisse um die Besetzung des soziologischen Instituts, wo Bodzenta Handgreiflichkeiten gegenüber Studenten und seine darauffolgenden Schritte gegen drei Kollegen, die bei der Besetzung anwesend waren, sind der vorläufige Schlusspunkt einer Kette von Handlungen, die uns Bodzenta als treuen Diener des österreichischen Staates und Feind jeglicher demokratischen Interessen zeigen.

Bereits während seiner Berufung nach Wien kam es zu der ersten Auseinandersetzung zwischen Bodzenta und den Soziologiestudenten. Diese wollten Bodzenta sowohl wegen fachlich inhaltlicher Kriterien als auch wegen des Mitbestimmungsschwindels, der im Zuge dieser Berufung vor den Augen der Studenten abrollte, zur Rücknahme seiner Kandidatur bewegen. Die Reaktion Bodzentas auf das Anliegen der Studenten, das ihm sowohl brieflich als auch während eines Gespräches mit Soziologiestudenten dargelegt wurde, kann mit den Worten zusammengefasst werden: Ignorieren studentischer Anliegen, völlige Konformität mit dem Ministerium.

Seine Einstellung zur Berufung an die Uni-Wien skizzierte Bodzenta während eines Gespräches: "Das durchschnittlich günstigste Angebot in einer wissenschaftlichen Karriere ist der Ruf an die grösste Hochschule eines Landes... Dieses Angebot bekomme ich nur einmal in meinem Leben.... Ich baue in Linz eine Wohnung, und das kostet viel Geld.... Wenn er sich entschlösse,, das Wiener Angebot anzunehmen, werde er möglichst viel für sich herausschlagen - das müsse man verstehen." (Zitat nach "Dokumentation zur Frage der Berufung eines Soziologieordninarius....", Wien 1971).

Der Gedanke an die persönliche Karriere und die Schäfchen, die ins Trockene zu bringen sind, waren das Ziel, das Bodzenta mit seiner Berufung anstrebte. Für das Ministerium war Bodzenta der geeignete Mann, sowohl was die inhaltliche Seite der Soziologie als auch was die Methoden der Durchführung der neuen STO-Soziologie betrifft. Die Ziele Bodzentas und des Ministeriums konnten bis jetzt wegen des heftigen Widerstandes von Seiten der Studenten nur schrittweise und mit Einsatz aller verfügbaren Mittel, auch der brachialen Gewalt, durchgesetzt werden.

h.h.

Lumpenpack

Folgende Notiz (siehe Bild) fand sich in der medizinwissenschaftlichen Zeitschrift "Die Medizinische Welt" Nr. 26/75 vom 4.7.1975.

Keine Fälle für den Psychiater

Der Amerikaner H. Baum, Chicago, hält eine psychoanalytische Behandlung von Radikalen für aussichtslos. Welch große Erfolge die analytische Therapie auch immer wieder möglich mache, so gebe es doch eine Reihe von Blockaden, die eine erfolgreiche Behandlung ausschließen: Sei die Behandlung von rigiden Patienten bereits problematisch, so werde sie bei radikalen Intellektuellen gänzlich sinnlos. Diese Meinung trug Baum auf den 25. Lindauer Psychotherapiewochen seinen Kollegen vor. pU

Sie zeigt, worüber sich diese Professoren auf ihren Kongressen die Köpfe zerbrechen und wozu ihre Wissenschaft taugt. Offensichtlich ist es diesen Professoren mit ihrer "analytischen Therapie" bislang nicht gelungen, "Radikale" zu "heilen".

Sie werden jetzt wohl nach einer neuen Therapie suchen, womit sie sich dann auf ihrem nächsten Kongreß auseinandersetzen werden. Bescheinigen kann man ihnen schon jetzt, daß ihre Forschung vergeblich sein wird.

Im Gegenteil, diese Professoren werden feststellen müssen, daß immer mehr Menschen gegen die Unterdrückung und Lohnsklaverei rebellieren, "krank" werden, wie diese Knechtsgestalten von Professoren das nennen.

Steht so fest, daß die Forschungen dieser Herren zum Scheitern verurteilt sind, so auch, daß die Massen diese Sorte wissenschaftlichen Lumpenpacks davonjagen werden, wenn das System der Lohnsklaverei zerschlagen ist.

aus KVZ 37/1975

FORTSETZUNG VON SEITE 3

weigern. In zahlreichen Lehrveranstaltungen versuchten die Professoren, öffentliche Auseinandersetzungen um jene Fragen abzuwürgen.

Wir sehen also: Dem Ministerium und seinen Handlangern, den Professoren, sind solche öffentlichen Auseinandersetzungen ein Dorn im Auge. Ihr Ziel ist es, Ruhe herzustellen - Ruhe in zweierlei Hinsicht: Erstens Ruhe, um den St.Plan und zweitens Ruhe um den politisch-ideologischen Kampf (Neues UOG).

Die gerichtlichen Verfolgungen stehen genau in dem bisher dargestellen Zusammenhang. Unmittelbare Ursache war die Institutsbesetzung. Der Grund, warum gerade zwei Kommunisten herausgegriffen wurden, liegt darin, dass gerade sie es waren, die den politisch-ideologischen Kampf am entschiedensten vorangetrieben haben.

Um die Ruhe herzustellen, die die herrschende Klasse braucht, um ihre Ideologie auf der HS zu verbreiten, setzt sie nun ihren Justiz- und Polizeiapparat ein: Hier offenbart sich auch ihre grösste Schwäche, nämlich die Unfähigkeit, innerhalb der Universität ihre eigene Wissenschaft argumentativ zu vertreten. Der sofortige Einsatz von Polizei und Justiz tragen dazu bei, eine Einsicht zu vermassen, die die bürgerliche Klasse wo es geht verschweigt, dass Uni-Bürokratie, Polizei und Justizapparat gemeinsame Absichten der Bougeoisie verbinden, dass ihre Trennung nur effektivste Arbeitsteilung zur Erstickung aller Protestkeime ist. Wenn also die Justiz über Recht und Unrecht urteilt, dann werden genau jene gemeinsamen Interessen, die sie mit der Bourgeoisie verbinden, zum Tragen kommen. In unserem Fall sollen die angezeigten Kollegen nicht wegen ihrer Handlungen, sondern ausschliesslich aufgrund ihrer Gesinnung bestraft werden. Deshalb hat auch Bodzenta die Kollegen tätlich angegriffen, um sie dann durch persönliche Anzeige zu denunzieren. Er handelte als klassenbewusster Vertreter der Interessen der herrschenden Klasse. Als solcher ist er auch den Studenten bekannt - als Reaktionär, der seit seinem Amtsantritt in Wien bemüht war, die Rechte der Studenten mit Füssen zu treten.

Sollen wir also warten, bis die bürgerliche Klassenjustiz über Recht und Unrecht entschieden hat? Das werden wir nicht! Im Gegenteil - wir sprechen der Justiz ab, über Recht und Unrecht zu urteilen. In dieser Frage müssen wir entscheiden, und das heisst, den Kampf aufzunehmen für die sofortige Einstellung der polizeilich-gerichtlichen Verfahren. Genauso muss jenem Mann der Kampf angesagt werden, der als entschiedenster Vertreter der Interessen des Ministeriums persönlich gegen die Kollegen vorgegangen ist, und damit die Auseinandersetzung zwischen Ministerium und Studenten in den Gerichtssaal verlegen will.

Lassen wir uns im Kampf um unsere Rechte nicht einschüchtern! Treten wir aktiv "FÜR DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG DER POLIZEILICH-GERICHTLICHEN VERFOLGUNGEN" ein!

H.K.

Die Studienkommission hat ausgespielt

Nachdem die Soziologiestudenten im letzten Semster mittels offener Erpressung - das Studium wurde "eingefroren", man konnte keine Prüfungen machen - nicht dazu gebracht werden konnten, dem neuen Studienplan (nach der Diplomordnung) in der Studienkommission zuzustimmen, setzte das Ministerium den Studienplan per Zwangsbeschluss ein. Das zeigt deutlich: Wenn sich die Studenten nicht freiwillig reglementieren lassen wollen, wenn sie der Verschärfung des Studiums nicht freiwillig zustimmen, dann ist es aus mit dem Gerede von Mitbestimmung und Studienkommission, dann wird einfach Gewalt eingesetzt.

Juristen: Zuwenig Studienplätze

In diesem Semester schaut es bei den Juristen besonders arg aus. Es gibt zu wenig Übungsplätze für alle studierenden Kollegen. So gibt es bei Professor Selb eine Übung mit über 400 Hörern, Professor Hausmaninger hat 2 Übungen mit über 200 Hörern und einige Assistenten haben über 100. Ganz gleiche Dimensionen gibt es auch im Kirchenrecht und im Deutschen Recht. Wegen des Systems der persönlichen Anmeldung sieht es so aus, als würden etwa 100 Kollegen überhaupt keinen Übungsplatz bekommen.
Einzelne Professoren und Assistenten haben bereits anklingen lassen, eine Art Vorprüfung durchführen zu wollen, um Kollegen aus den Übungen hinauszudrängen.

K.Sch.

Medizin: Mehr Sezierplätze müssen her!

Im ersten Semester müssen die Kollegen ein Pflichtpraktikum (1. Sezierkurs) ablegen. Die Zahl der Sezierplätze ist jedoch beschränkt. Mit Hilfe einer Zulassungsprüfung werden die "überschüssigen" Kollegen hinausgeworfen. 1972 wurde ein totaler Aufnahmestop für Ausländer erlassen. 1973 wurden 220 österreichische Kollegen mit Hilfe der Prüfung hinausgesäubert. Im Herbst 1974 waren es bereits 400. Dieser Mißstand hat voriges Jahr beträchtlichen Staub aufgewirbelt.

Heuer wird es zusätzlich einen Sommersezierkurs geben. Aber es gibt bereits einen Rückstau von ungefähr 250 Kollegen, die schon im letzten Jahr die Prüfung gemacht haben, aber keinen Platz mehr bekommen haben. Dazu kommen mindestens 1500 Neuinskribenten. Die Situation ist also schlimmer geworden: für 1750 Studenten gibt es nur 1000 Plätze. Heuer werden es also 750 Kollegen sein, die rausgeprüft werden.

Dazu Minister Firnberg: "Solange ich Einfluß habe, werde ich den NC zu verhindern wissen." (AZ vom 12.12.1974).
Wie kann die Frau Minister die Tatsachen so verdrehen? Sie behauptet, daß das Ministerium ohnehin alles tut, aber die bösen Professoren die Gelder verschleudern und die Studienplätze willkürlich beschränken. Nun sind die Professoren sicher keine Waisenknaben, aber ein Blick ins anatomische Institut genügt, um die Behauptung der Frau Minister zu widerlegen. Dort sitzen die Studenten nämlich übereinander. Da aber jetzt ein totaler Baustop erlassen wurde, tritt spätestens im nächsten Jahr das totale Chaos ein. Erstens gibt es dann einen Rückstau von 750 Studenten und es können nur mehr 250 Studenten neu aufgenommen werden. Zweitens fassen die Institute, die nach der Anatomie zu besuchen sind, niemals 1000 Studenten (wobei mit dem neuen Studiengesetz die Praktika, die jetzt schon überquellen, Pflicht werden sollen).

Niemand spricht heute mehr vom Bau einer neuen Medizinischen Fakultät, von der man hie und da schon gehört hatte, daß sie bereits in Planung sei. Der Studenten, auf die man einst im Zeichen der "Bildungsexplosion" stolz war, entledigt man sich durch eine Prüfung.

Diese Bildungsmisere ist nicht von uns verschuldet, aber die Folgen dieser Misere sollen wir ausbaden, wenn es nach dem Willen der Professoren und des Staates geht.
Und wenn wir uns diesem Willen unterordnen!

Die bestehenden Zustände können wir nicht hinnehmen. Mindestens 50% sollen rausfliegen. Das heißt für jeden: nur mit 50%iger Wahrscheinlichkeit einen Sezierplatz zu bekommen. Wenn wir uns diesen Bedingungen unterwerfen, sind wir von vornherein jeder Willkür ausgesetzt. Alles muß dann hingenommen werden.

Es liegt nicht an uns, daß es zuwenig Sezierplätze gibt! Wir dürfen nicht zulassen, daß deswegen 750 Kollegen hinausgeprüft werden. Daher fordern wir: Genügend Sezierplätze, damit alle Kollegen studieren können!

Aber in Hinblick auf die katastrophale Situation an den anderen Instituten müssen wir überhaupt den großzügigen und raschen Ausbau der medizinischen Fakultät fordern. Firnberg soll über ihre diesbezüglichen Pläne Rechenschaft ablegen.

MLS Zelle Medizin/ Red.

Weitere Verschärfungen an der Pädagogischen Akademie

Diese neuerlichen Angriffe seitens des Ministeriums stellen eine ungeheure Verschlechterung der Studienbedingungen und damit eine verschärfte Auslese dar.

Seit dem SS 75 wurde die PRAXIS VERDOPPELT:
Das Ausmaß dieser Verschärfung wird klar, wenn man bedenkt, daß für die Vorbereitung der Praxis 5-7 Stunden gerechnet werden müssen. Man erhält ein Thema, eine Klasse, die methodischen Vorstellungen des Lehrers und muß nun genau diesen Anforderungen entsprechen, d.h. Literaturvorbereitung, schriftliche Struktur der Stunde, Einsatz von Arbeitsblättern, die der Student selbst schreiben muß und oftmals noch Einsatz von Diaskop bis Overheadprojektor. Bei der Verdoppelung der Praxis verdoppelt sich auch die Vorbereitungszeit. All das bei einer Wochenstundenzahl von 25-35 Stunden.

Seit dem WS 75/76 gibt es wieder Eignungsprüfungen an der Pädak: In der Studienordnung waren sie immer vorgesehen. Ihr Charakter als ein Mittel seitens des Ministeriums, die Anzahl der Studenten an der PA zu regulieren, zeigt sich klar daran, daß von ihnen in den letzten Jahren, als es viel zuwenig Lehrer gab, kein Gebrauch gemacht wurde, jetzt aber, wo der Staat im Zuge seiner Finanzkrise einen Lehrerstop verhängt hat, auf sie zurückgegriffen wird.

Was bedeutet eine solche Eignungsprüfung: Alle 1.Semester werden einem sogenannten logopädischen Test unterzogen. Dieser wirkt sehr einfach, sodaß viele Kollegen sagen: ein Kinderspiel.
Jeder Student muß vor einer Kommission entweder über die Ferien, über ein Hobby oder über seinen Lebenslauf erzählen. Aufgrund dieses Monologs entscheidet die Kommission, ob einer als Lehrerstudent taugt oder nicht.

Was wird dabei eigentlich geprüft?
Geprüft wird, ähnlich wie bei der Unterrichtsvorführung, Sprache (Hochsprache), Sprachfehler, die Fähigkeit, zusammenhängend ohne Unterbrechung zu reden, und Haltung. Es geht um zweierlei: Einschüchterung und Anpassung. Wer beides durchsteht, kann Lehrer werden, andernfalls wird er mit Begründungen wie unsicher, neurotisch, Sprachfehler... als für den Lehrberuf untauglich abgelehnt.

Seit dem 1.März gilt eine neue Verordnung zu den Prüfungsbedingungen:

Eine unterrichtsfreie Prüfungswoche pro Jahr, Prüfungen nur innerhalb dieser Prüfungswoche möglich.

Wovor der VSSTÖ Angst hat

Die Zelle Juristen der MLS hat beschlossen, gemeinsam mit anderen interessierten Kollegen in der Einführungsvorlesung und beim Konservatorium Professor Schmidlins "Einführung in die Grundbegriffe des Staates und des Rechts" aufzutreten und Kritik an der vorgetragenen bürgerlichen Rechtswissenschaft zu üben. Der Sinn dieser Kritik ist, den erstsemestrigen Kollegen anhand des Stoffes und Beispielen aus dem gesellschaftlichen Alltag vor Augen zu führen, daß das bürgerliche Recht zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung dient und daß es somit gegen die Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen gerichtet ist, die mit ihrer Arbeit alle Werte dieser Gesellschaft schaffen. Weiters sollte gezeigt werden, daß die Funktion der künftigen Juristen ist, mit der Handhabung der Gesetze Dienste für die Kapitalistenklasse und ihren Staat bei der materiellen, geistigen und kulturellen Niederhaltung des Volkes zu leisten, und daß die Juristen zu Instrumenten werden, mit denen man das Volk kontrollieren und beherrschen kann, die aber genauso gesellschaftlich degradiert und deklassiert werden, wenn der Kapitalismus - notwendigerweise - immer wieder in Krisen kommt. Auch sollte gezeigt werden, daß der Staat keine neutrale, über den Klassen und den Klasseninteressen stehende Institution ist, sondern gerade ein Instrument in der Hand der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft, und daß er die bestehenden Verhältnisse notfalls auch mit dem bewaffneten Einsatz von Polizei und Armee zu schützen bereit ist.

Gerade mit diesen Problemen werden die Juristen in ihrem Beruf immer wieder konfrontiert werden.

Und da schien es, als wolle auch der VSStö etwas ähnliches wie wir. Wir trafen uns mit Kollegen dieser Organisation, um zu beraten, ob wir nicht gemeinsam in den Lehrveranstaltungen auftreten könnten und außerdem ein Lehrveranstaltungskollektiv initiieren sollten, wo wir noch genauer über diese Fragen diskutieren könnten.

Zunächst waren die VSStö-Kollegen damit einverstanden, daß wir ein LV-Kollektiv initiieren, wo jeder seine Standpunkte zur Diskussion stellen kann bei der Kritik am bürgerlichen Recht, dem Staat usw. Auch einige Kollegen, die nicht den beidem Organisationen angehören, fanden dies richtig.

Bevor es aber zur Realisierung dieses Vorhabens kam, "konnten" die Kollegen vom VSStö nicht mehr mit uns gemeinsam ein LV-Kollektiv machen. Vermutlich wurden sie von der Leitung zurückgepfiffen, weil die Herren Angst haben dürften, daß sich interessierte Kollegen nicht nur mit ihren reformistischen Positionen auseinandersetzen würden, sondern auch mit dem, was die MLS zu sagen hat. Daraufhin initiierten sie einen eigenen "Arbeitskreis".

Es scheint diesen Leuten wohl wichtiger zu sein, ein paar interessierte Kollegen ungestört auf ihren reformistischen Leim locken zu können, als möglichst vielen Kollegen die Möglichkeiten zu geben, das bürgerliche Recht und den Staat zu kritisieren und dabei in der Diskussion den Kollegen entscheiden zu lassen, wer die überzeugendsten Argumente hat.

Der VSStö läßt selten eine Gelegenheit aus, wo er nicht über die "maoistischen", "ultralinken Sektierer" schimpfen würde. Aber neben vielen anderen Tatsachen fragen wir auch in Anbetracht des hier Geschilderten: Wer sind wirklich die Sektierer?

K.Sch.
MLS-Zelle Juristen

Bisher gab es im Jahr vier unterrichtsfreie Wochen und je nach Gutdünken der Professoren auch die Möglichkeit, außerhalb dieser Zeit Prüfungen abzulegen. War dies bisher eine informelle Regelung, also ohne Erlaß und Verordnung, so legt die neue Verordnung erstmals die Prüfungsbedingungen fest. Das bedeutet für die Studenten, daß sie jährlich durchschnittlich 20 Prüfungen innerhalb einer unterrichtsfreien Woche machen müssen und während des Semesters keinerlei Prüfungsmöglichkeit haben. Diese Verschärfung trifft alle Studenten, weil es nahezu unmöglich ist, während des Studiums zu lernen und ebenso unmöglich, diese Anzahl von Prüfungen aus verschiedensten Fächern in einer Woche zu schaffen. Hier geht es ganz offen um eine drastische Reduzierung der Pädakstudenten einerseits, um die Verschärfung der Anforderungen, der Unterwerfung unter reaktionäre Inhalte und Methoden für den verbliebenen Teil andererseits.

FORTSETZUNG SEITE 16

Angewandte: »Sie sind zuwenig begabt, wir müssen Sie abweisen.«

Diese Antwort gab Rektor Spalt an der Hochschule für Angewandte Kunst einigen Burschen und Mädchen, die in der ersten Oktoberwoche zur Aufnahmsprüfung angetreten und durchgefallen waren und von ihm eine Erklärung dafür verlangten. (Von 308 Bewerbern waren 168 abgewiesen worden.)

Zu ihrem Zorn und ihrer Enttäuschung kam noch die Sorge, anderswo eine Beschäftigung zu finden - soweit es sich um die Nichtmaturanten handelte - bzw. ein anderes Studium zu beginnen.

Wie verläuft nun die Aufnahmsprüfung?

Am ersten Tag muß jeder, gleichgültig, ob er Künstler oder Kunsterzieher werden will, ein Mappe mit Arbeiten vorzeigen. Danach wird ein Teil der Bewerber bereits abgewiesen.

Die restlichen Kandidaten schreiten zur zweiten Stufe der Prüfung, um ihre Begabung auch ordentlich unter Beweis zu stellen. Immerhin hätte sich ja auch einer mit fremden Arbeiten hier einschmuggeln können!

Die gestellten Themen sind das Zeichnen von Händen, Bäumen und Innenräumen. Nach der geheimen Beurteilung durch die Professoren wird abermals ein Teil nach Hause geschickt.

An den beiden letzten Tagen kann der Meisterklassenleiter sogenannte "Fachprüfungen" durchführen: Die übriggebliebenen Bewerber bekommen in denen von ihnen gewählten Meisterklassen Themen gestellt, die ihre zukünftige Studienrichtung betreffen. Diese letzte Bewährungsprobe kann vom Professor sehr gut dazu genützt werden, um sich diejenigen auszusuchen, die seinen Vorstellungen am ehesten entsprechen. Sieht man sich während dieser Zeit in den Klassen etwas um, so bietet sich einem meistens dasselbe Bild:

Die Kandidaten sitzen verschreckt auf ihren Plätzen, getrauen sich kaum zu sprechen und werkeln ver-

FORTSETZUNG SEITE 6

Physik: Studienkommission umgangen

Auf den physikalischen Instituten haben uns die Professoren zusätzlich zu den bestehenden Voraussetzungen für die Aufnahme in die physikalischen Praktika noch einige weitere beschert.

Wurde z.B. bisher für die Zulassung zur Lehramtsprüfung aus theoretischer Physik nur ein Übungszeugnis verlangt, so kommt man jetzt nicht einmal mehr ins Lehramtskandidatenpraktikum (dort lernt man die Schulversuche aus Physik durchzuführen), ohne Zeugnis über zwei Vorlesungen aus theoretischer Physik (je 5-stündig) samt zugehörigen Übungen (jetzt 2-stündig, bisher 1-stündig), was einer Steigerung von einer Stunde auf 14 entspricht. Auf diese Weise wollen die Professoren die Studienkommissionen umgehen, in der die Studenten bisher die Verhandlung über den Studienplan erfolgreich verhindert haben.

Doch auch die Drittsemestrigen haben keinen Grund zum Jubeln. Hatte ihnen Professor Lintner voriges Jahr noch hoch und heilig versprochen, daß die Rechenübungen zur "Einführung in die Physik" ganz und gar freiwillig wären und man die Zeugnisse darüber höchstens fürs Stipendium brauchen könne, so kann man jetzt schwarz auf weiß lesen, daß diese Zeugnisse Bedingung für die Zulassung zur Lehramtsprüfung seien.

G.M.

Publizistik: Mitbestimmung ....

In der Studienkommission können Studenten - so heißt es - über Studienangelegenheiten "mitbestimmen".

Für viele Studenten ging damit ein langersehntes Ziel scheinbar in Erfüllung.

Viele hofften, daß sie an der Gestaltung eines sinnvolleren Studiums, das den Interessen der Studenten entsprechen sollte, arbeiten könnten. So dachten auch die Publizistikstudenten. Und in einer Studienkommissionssitzung wurde ein großartiger Beschluß gefaßt: alle Studenten könnten über den Weg eines Probevertrages neue Lehrbeauftragte kennenlernen und (über einige bürokratische Umwege) effektiv über Vergabe oder Nichtvergabe eines Lehrauftrages entscheiden.

Das heißt, wir können darüber, wer uns was erzählen soll, entscheiden.

Aber: der Universitätsbürokratie und den Professoren ist es gar nicht recht, wenn sich die Studenten in Studienangelegenheiten einmischen und vielleicht sogar was zu reden haben.

Und so wurde der Beschluß auf tückischste Weise zum drittenmal eiskalt umgangen. Im konkreten Fall geht es um einen Lehrauftrag für Werbung. Ein Herr Swoboda, Professor an der Welthandel und Leiter des dortigen Werbekurses soll den Studenten vorgesetzt werden. Über dessen moralisch verbrämte und äusserst krude Ansichten über Werbung lachen sich sogar die reaktionärsten Werbeagenturen einen Ast. Daß den die Studenten ablehnen würden, war ziemlich klar.

Also kriegt er seinen Lehrauftrag hintenherum. Hier zeigt sich deutlich: Wenn die Studenten die düsteren Kreise der Postenschieberei und der Freunderlwirtschaft unter den Professoren stören, dann ist es aus mit der "Mitbestimmung"

Doch die Studenten lassen sich nicht alles gefallen - und das haben sie schon einmal gezeigt: Auch der Generalsekretär des Herausgeberverbandes, Herr Schaffelhofer, sollte einmal einen Lehrauftrag bekommen. Dieser Mann hatte offensichtlich die Aufgabe, den zukünftigen Journalisten den Unternehmerstandpunkt gleich als hehre objektive Wahrheit einzutrichtern. Als er aber in seiner ersten Vorlesung dreist von unumschränkter Meinungsfreiheit, die angeblich in Österreichs Redaktionsstuben herrschen soll, zu schwätzen begann, da platzte den Studenten der Kragen. Er wurde hinausgeekelt, indem man ihm zu verstehen gab, daß für seine unverblümten arbeiterfeindlichen Ansichten kein Interessen bestünde. Als er einen zweiten Anlauf nahm, kam niemand mehr in seine Vorlesung. Sein Lehrauftrag wurde verschämt zurückgezogen.

Nun soll uns ein weiteres Mal ein Lehrbeauftragter untergejubelt werden. Wir werden uns denselben genau anschauen.

Eines haben die Studenten sicher aus den Ereignissen gelernt: Die Mitbestimmung ist ein fauler Zauber. Erreichen kann man nichts in den miefigen Hinterzimmern der akademischen Gremien, mit Paragrafenreiterei und Duckmäusertum.

h.m.

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Angewandte ....

bissen vor sich hin. Der Druck, innerhalb weniger Stunden vor dem Meister künstlerisch bestehen zu müssen, die Ungewissheit, ob die Beurteilung positiv ausfällt oder sie sich nach etwas anderem umsehen müssen, macht sie richtiggehend fertig.

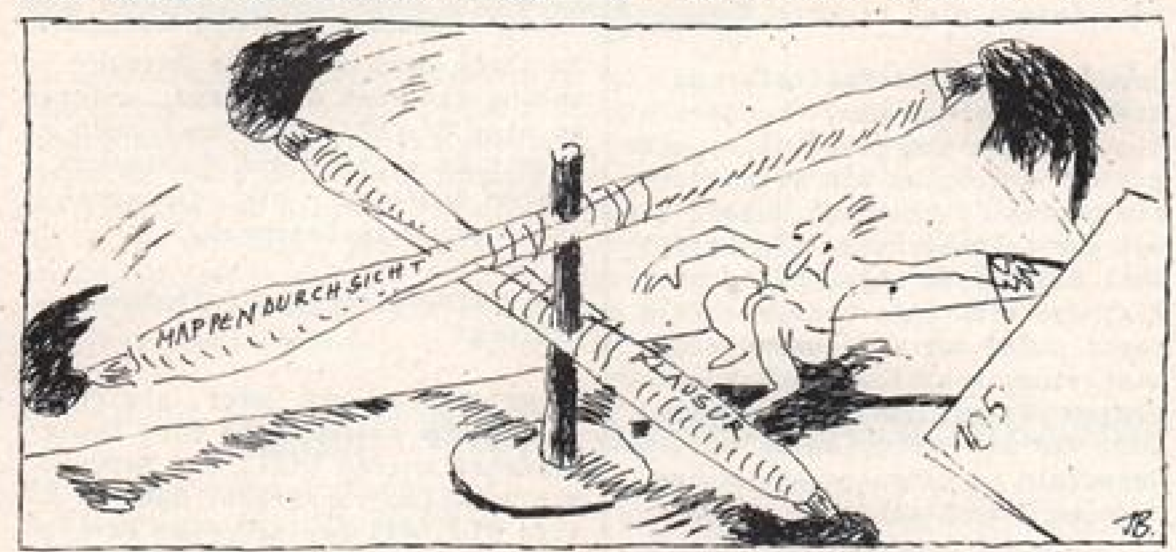
Einige Dinge werden den Prüflingen im Zuge der Aufnahmsprüfung recht klar:

Willst du dich mit der Kunst auseinandersetzen, theoretisch und praktisch, mußt du dich erst den Kriterien deines Meisters unterwerfen. Diese Kriterien erstrecken sich auch auf Aussehen, Auftreten und auf Gespräche, die du zu absolvieren hast. Z.B. mußten alle Lehramtsbewerber begründen, warum sie sich für diesen Beruf entschieden haben, wie sie sich ihn vorstellten, was sie selbst zu tun gedenken. Einer von ihnen antwortete auf die Frage, ob er aufgenommen oder abgewiesen worden sei: "Ich weiß nicht, warum ich abgewiesen worden bin. Alle jene, denen ich Verbesserungsvorschläge beim Zeichnen gemacht und denen ich beim Zeichnen geholfen habe, sind aufgenommen worden. Und bei dem Interview habe ich ohnehin ganz brave Dinge gesagt."

Die Arbeiten, die in einer Atmosphäre von ständiger Konkurrenz und Bespitzelung zustande kommen, sind nicht dazu geeignet, ein Bild von den tatsächlichen Fähigkeiten des Bewerbers zu geben; sie können bestenfalls ein gewisses Maß an Fertigkeit wiedergeben.

Obwohl der Unmut unter den Bewerbern groß war, gelang es uns nicht, einen Kampf darum zu führen, daß alle auch aufgenommen werden. Wir hatten während der Prüfung mit ihnen zu wenig über Sinn und Zweck dieses Begabungstests diskutiert:

In der Produktion ist der Bedarf an "angewandten" Künstlern (Werbegrafik, Industrial-Design, Textil-Design, Mode u.a.) gesunken; auch "freie" Künstler wie Maler, Architekten, Bildhauer, Grafiker brauchen die Kapitalisten nur in beschränkter Zahl. Die Zahl der Kunsterzieher will der Staat ebenfalls senken. Dabei stützt er sich auf die Professoren, um die Anzahl der Studenten beliebig regeln zu können. Diese Tatsache versuchen die Professoren geschickt zu verschleiern, indem sie ihre Litanei auf die hohe Kunst und das künstlerische Genie daherbeten. Diese Masche zieht allerdings nicht mehr so recht. Das merkt man daran, daß sie dann zu dem Argument Zuflucht nehmen, der "Raummangel" hindere sie daran, mehr Studenten aufzunehmen.



In diesem Jahr war der Druck auf den Rektor noch zu schwach, um die Forderung nach Abschaffung der Aufnahmsprüfung durchsetzen zu können. In dem Maße aber, wie die Schikanen der Professoren zunehmen, werden die Studenten es lernen, ihn erfolgreich zu führen.

C.H.

Unser Vorschlag für Stipendienforderungen

Die Forderungen, die wir den Studenten für den Kampf um höhere Stipendien vorschlagen, wurden unter den Gesichtspunkten erstellt, wenigstens die Verschlechterung der Stipendiensituation während der letzten 4-5 Jahre wettzumachen. Sie sollen gleichzeitig für alle betroffenen Studenten wirklich etwas bringen, damit man auch wirklich alle Betroffenen in den Kampf einbeziehen kann. Und schließlich müssen Forderungen für einen breiten einheitlichen Kampf auch präzis und einfach formuliert sein, damit jeder genau weiß, worum es geht.

1) Erhöhung aller Stipendien um 1200 S im Monat!

Seit Jahren hinken die Stipendien hinter der Teuerung nach. Unsere Forderung läuft darauf hinaus, das Höchststipendium für Unverheiratete von 2400 S auf 3600 S, für Unverheiratete, deren Eltern am Studienort leben, von 1600 S auf 2800 S zu erhöhen (alles auf 10 Monate). Die unteren Stipendienränge dienen heute eher dazu, die Statistik des Ministeriums aufzubessern: Die Kollegen, die in diese Stipendienklassen fallen, bekommen 200, 300, 400 S im Monat. Aber auch diese Studenten brauchen ein Stipendium, mit dem sie etwas anfangen können. Eine Erhöhung um 1200 S im Monat bedeutet auch für diese Kollegen einen Betrag, um den es sich lohnt, zu kämpfen.

Darüberhinaus muß diskutiert werden, ob dieses Stipendium angesichts der ständig steigenden Anforderungen im Studium und des sinkenden Angebots an Ferienjobs nicht 12 mal im Jahr verlangt werden muß.

2) Erhöhung aller Bemessungsgrundlagen um 50 %! Ein Stipendium bis zu einem Elterneinkommen von 10.000.- Schilling monatlich!

Von Jahr zu Jahr gibt es weniger Stipendienbezieher, und die, die ein Stipendium erhalten, rutschen in immer tiefere Stipendienklassen hinunter. Das liegt daran, daß trotz Sinken des Realeinkommens, das Einkommen der Eltern der ärmeren Studenten nominell natürlich gestiegen ist, die Einkommensgrenzen für die Bemessungsgrundlage jedoch seit vielen Jahren nicht verändert wurden. So besteht für das Höchststipendium heute eine Bemessungsgrundlage von 20 000 S Jahreseinkommen. Die Forderung nach einer Erhöhung um 50% entspricht ungefähr der Inflation der letzten 5 Jahre und soll wenigstens der vergangenen Verschlechterung im Stipendium entgegenwirken. Sie zielt darauf ab, daß die Kollegen, die von ihren Eltern nicht unterstützt werden können, in die höchsten Stipendienränge kommen und soll verhindern, daß der Kreis der Stipendienbezieher immer weiter eingeengt wird.
(Kasten mit der Entwicklung der Prozentzahlen).

Sie läuft darauf hinaus, daß man bis zu einem Elterneinkommen von 10.000.- monatlich noch ein Stipendium bekommt; in diesem Bereich liegen heute die Einkommen der Familien von Arbeitern, kleinen Angestellten und kleinen Beamten.

Für einen unverheirateten Studenten liegt heute die Obergrenze der Bemessungsgrundlage bei einem Elterneinkommen von 83 000 S im Jahr. Bei einer 50%igen Erhöhung der Bemessungsgrundlage würde man auf etwa 10 000 S Monatseinkommen kommen.

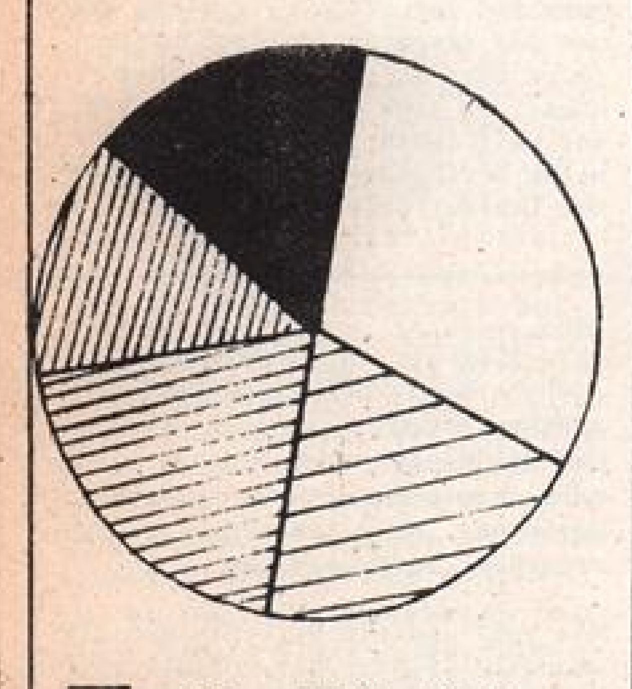
3) Keine Bindung der Stipendienvergabe an den Studienplan und den Notendurchschnitt! Leistungsnachweis allein durch Absolvierung einer gewissen Semesterwochenstundenanzahl!

Die neuen Studienpläne mit ihrer vollständigen Reglementierung und den vorgeschriebenen Studienzeiten sind heute ein entscheidendes Mittel zur Disziplinierung der Studenten. Die Bindung der Stipendienvergabe an die Erfüllung der Studienpläne bedeutet neben der 6-Semesterfrist und der 3-Semesterklausel und den Zulassungsbedingungen zu den Lehrveranstaltungen ein weiteres einschneidendes Mittel, die Studenten dem neuen Studiensystem zu unterwerfen.

Selbstverständlich muß man sich auch dagegen wenden, wenn die Bedingungen so aussehen, wie auf der Technik, wo die Kollegen für 90 Wochenstunden im Jahr Zeugnisse vorlegen sollen und damit praktisch erst recht an den Studienplan gebunden sind.

→

VON DEN STUDENTEN SIND



vollbeschäftigt 15%
halbtags beschäftigt 15%

Ferienarbeit 4o%
über 4 Wochen 2o%
unter 4 Wochen 2o%

nicht berufstätig 3o%

SOZIALE HERKUNFT DER STIPENDIENBEZIEHER

Arbeiter 25%
Bauern 20%
Kleine Angestellte 13%
Kleine Beamte 7%
Selbständige 25%
(Steuerschwindel?!)

unbekannt 1o%

FORTSETZUNG VON SEITE 6 unten

Die Anzahl der erforderlichen Wochenstunden müßte jeweils mit Zustimmung der zuständigen Studentenvertreter festgelegt werden.

4) Ausdehnung des Freibetrages für Einkommen aus eigener Arbeit der Studenten auf das ganze Jahr und Erhöhung des Freibetrages!

Viele Studenten sind gezwungen, sich neben dem Stipendium noch etwas dazuzuverdienen. Nach den derzeitigen Bestimmungen wird der Verdienst jedoch in die Bemessungsgrundlage eingerechnet und das Stipendium wird noch kleiner. Nur für die Arbeit in den Ferien oder als Universitätsangestellter gibt es einen Freibetrag von 27 000 S. Wenigen Studenten wird es allerdings gelingen, in den Ferien so viel zu verdienen und viele müssen während des Jahres zusätzlich arbeiten. Deshalb fordern wir, daß bis zu einem bestimmten Freibetrag der gesamte Verdienst des Studenten, gleichgültig, wann er erarbeitet wurde, für das Stipendium unberücksichtigt bleibt.

5) Volle Einbeziehung der ausländischen Studenten in die allgemeine staatliche Studienförderung

Viele ausländische Kollegen - hauptsächlich solche aus Entwicklungsländern - werden bei der Stipendienvergabe von österreichischer Seite massiv unter Druck gesetzt. Sie beziehen Stipendien von verschiedenen staatlichen, halbstaatlichen , halbprivaten und "offiziösen" Stellen und Stiftungen, die die Stipendienvergabe an besondere schikanöse Bedingungen binden, politischen Druck ausüben und die Studenten nicht selten bespitzeln; all das mit dem Zweck, um sie für die Interessen der österreichischen Kapitalistenklasse und ihre neokolonialistische Politik gefügig zu machen. Man denke nur an die Enthüllungen über den ÖAD (Österr.Ausländerdienst), die im letzten Jahr bekannt geworden sind.Es ist deshalb richtig und notwendig zu fordern, daß diese Kollegen in die allgemeine staatliche Ausbildungsförderung einbezogen werden und bei Festlegung einer entsprechenden Bemessungsgrundlage ihr Stipendium unter den normalen Bedingungen beziehen. Nicht bezweckt diese Forderung,"daß alle Ausländer, die zu Hause nicht studieren können, bei uns gratis studieren", wie von manchen Kollegen eingewandt wurde.

6) Unbürokratische Vergabe unter der Kontrolle der Studentenvertreter!

Jeder, der ein Stipendium bezieht, weiß, wieviel bürokratische Schikane man über sich ergehen lassen muß, bis sich der Staat überzeugt hat, daß sich nicht doch ein Grund finden läßt, kein Stipendium auszubezahlen. Nur über die Kontrolle durch Studentenvertreter können die Studenten eine Handhabe gegen diese Vorgangsweise der Behörden bekommen.

Der Kampf um höhere Stipendien kann nur Erfolg haben, wenn er wirklich von der Masse der Kollegen getragen wird und unter ihnen Klarheit und Einheit über die richtigen und notwendigen Forderungen und die Bedingungen des Kampfs besteht. Deshalb muß über diese Fragen in der Studentenschaft eine breite Auseinandersetzung geführt werden.Nur so kann auch erreicht werden, daß die ÖH-Organe Forderungen vertreten, die den Bedürfnissen des Kampfs um höhere Stipendien entsprechen.

Wissenschaftler und Studenten gegen Kernkraftwerke

Kann man auf die »besseren Argumente« vertrauen?



Die Kernkraftwerke (KKW), die heute in Österreich (Zwentendorf im Tullnerfeld) und in vielen anderen Ländern gebaut und geplant werden, gefährden in ihrer engeren und weiteren Umgebung die menschliche Gesundheit und das Leben in der Natur. Das ist nicht einfach die Meinung von ein paar Spinnern und Fortschrittsfeinden, sondern von ernstzunehmenden Wissenschaftlern, die oft selbst jahrzehntelang an der Entwicklung der Kernenergieprogramme beteiligt waren (so z.B. der schwedische Physiknobelpreisträger Prof. Alfven und Carl Hocevar, ehemaliger Experte für Reaktorsicherheit der US-Atombehörde, die beide vor kurzem zu einem Symposium nach Wien kamen). Das ist aber vor allem auch die berechtigte Sorge der betroffenen Bevölkerung, die ihre Gesundheit und oft ihre Existenz gefährdet sieht.

Denn die Bedenken bezüglich

- der laufenden Abgabe von Radioaktivität an die Umwelt (auch bei störungsfreiem Betrieb), die die Rate an Krebs- und Leukämietoten und an Kindersterblichkeit in der Umgebung des Kernkraftwerkes erhöht (siehe Weihs/Gruber: Radioaktivität und Umwelt, G. Fischer-Verlag 1975),
- der Störungsanfälligkeit und Unfallgefahr, die im schlimmsten Fall zur jahrelangen Verseuchung weiter Gebiete führt,
- der ungelösten Probleme der für Jahrtausende notwendigen Abfallagerung und -wartung,
- der Beeinträchtigung von Klima und Umwelt

können auch durch die geschickte und aufwendige, letztlich aber betrügerische Propaganda der Kernindustrie ("Kernenergie ist sicher, sauber, unentbehrlich, unerschöpflich") nicht beseitigt werden (siehe dazu "Zum richtigen Verständnis der Kernenergie, 66 Erwiderungen auf die 66 Fragen, 66 Antworten des Reklamehefts: Zum besseren Verständnis der Kernenergie", von einer Autorengruppe an der Uni Bremen, Oberbaumverlag 1975).

Die mangelnde Sicherheit der Kernkraftwerke ist nich einfach ein technisches Problem (so gibt es heute z.B. keine technische Möglichkeit, das radioaktive Tritium aus dem Kühlwasser auszufiltern), sondern auch ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Problem. Im Bau, Entwurf und Betrieb von Kernreaktoren müssen wir ein Niveau der Perfektion erreichen, der Voraussicht und Sicherheit, an das wir nicht gewöhnt sind, die wir in anderen industriellen Operationen nicht anwenden" (Prof. Ford auf dem Symposium in Wien). Nun unterliegt aber der Bau und Betrieb von Kernreaktoren, genauso wie der "anderen industriellen Operationen" den Gesetzen der Konkurrenz und des Marktes. Deshalb muss die Kernindustrie, wie jedes andere kapitalistische Unternehmen, versuchen, ihre Kosten möglichst gering zu halten. Sie wird daher in erster Linie an Sicherheitskosten sparen, die zur Aufrechterhaltung des Kraftwerksbetriebes nicht unbedingt notwendig sind. In einer Studie des westdeutschen Wissenschaftsministeriums lesen wir: "Das Hauptaugenmerk muss daher dem Versuch gelten, die spezifischen Anlagekosten zu senken und nicht durch unnötige sicherheitstechnische Auflagen zu belasten."

STRAHLENSCHUTZGESETZ: BESTRAHLUNGSERLAUBNIS!

Im Kapitalismus ist es grundsätzlich so, dass jemand, sofern er nur über das nötige Kapital verfügt, eine Fabrik aufstellen und beliebig viel Dreck an die Umwelt abgeben kann, solange er die geforderten Auflagen erfüllt und nicht mit den bestehenden Gesetzen in Konflikt kommt.

Diese Gesetze und Auflagen, in unserem Fall das Strahlenschutzgesetz, müssen meist im vornherein auf die (Profit-) Interessen der Kapitalisten Rücksicht nehmen, dürfen die "Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigen." So folgte man bei der Festsetzung der "höchstzulässigen Dosen" nicht gesicherten Erkenntnissen der Strahlenbio-

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

FORTSETZUNG VON SEITE 7

KKW...

logie, sondern richtete sich nach einem Wert, der "einen vernünftigen Spielraum für die Atomenergieprogramme der absehbaren Zukunft schafft" (Internationale Strahlenschutzkommission).

So wird in der BRD gerade jetzt, in einer Zeit des massiven Ausbaus von Kernkraftwerken das Strahlenschutzgesetz novelliert. In dem vom Bundesministerium vorgelegten Entwurf werden die Grenzwerte für die gesetzlich zulässige Konzentration radioaktiver Stoffe in Luft und Wasser stark angehoben (d.h. es darf mehr Radioaktivität an die Umwelt abgegeben werden). Auffallenderweise besonders bei jenen Nukliden, die von kerntechnischen Anlagen emittiert werden: so wird z.B. der Grenzwert für Jod 129 (Halbwertszeit 17 Millionen Jahre) um das 10.000 (!)fache erhöht, der Grenzwert für Strontium 90 um des 3.500 fache. Nach dem vorgesehenen Grenzwert für Tritium (radioaktiver Wasserstoff) ist es erlaubt, Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser bis zum 10.000 fachen des natürlichen Tritiumpegels mit Tritium aus Abwässern von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen zu verseuchen. Tritium kann in alle Makromoleküle des Körpers eingebaut werden. Da sich bei dem im Körper weitergehenden radioaktiven Zerfall der chemische Elementcharakter ändert (Wasserstoff geht in Helium über), kann dies zu schweren Schäden führen ("Transmutationen"), die noch um ein Vielfaches schwerer sind als die Schäden, die durch die radioaktive Strahlung entstehen (das ergaben Versuche an Bakterien und Zellkulturen von Hamstern).

In Österreich herrschen ähnliche Verhältnisse. Es werden hier die gleichen Kernkraftwerke gebaut wie in der BRD und die deutschen Kraftwerksbauer haben keine Schwierigkeiten mit den hiesigen Strahlenschutzbestimmungen. "Genau betrachtet wurde mit der Schaffung des Strahlenschutzgesetzes des Gegenteil von dem juridisch verankert, was Schutz vor Strahlung erfordert: Die Bestrahlung der Bevölkerung - ohne medizinische Notwendigkeit - durch Kernkraftwerke und gewerbliche Anlagen wurde seither erlaubt. Um dieser Regelung auch in ihrer Bezeichnung gerecht zu werden, müsste man das Strahlenschutzgesetz in "B e s t r a h l u n g s - e r l a u b n i sgesetz" umbenennen (Weihs/Gruber: "Radioaktivität als Krankheitsfaktor", Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes).

Aber selbst wenn die gesetzlichen Bestimmungen verbessert und verschärft würden, wäre damit der Schutz der Bevölkerung noch nicht garantiert. Denn wer kontrolliert, wer führt die Bestimmungen aus? Ein vom Volk abgehobener, ihm nicht rechenschaftspflichtiger, von ihm nicht kontrollier- und absetzbarer Staats- und Beamtenapparat, der dafür aufs engste mit den Kapitalisten verknüpft ist, dessen Spitzen in den Aufsichtsräten der grossen Elektrizitätsgesellschaften sitzen (z.B. die Landeshauptleute Maurer und Wenzl in der NEWAG und OKA). "Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Planer von Kernkraftwerken öffentliche Diskussionen meiden, da sie die entscheidenden Instanzen in den prinzipiellen Fragen auf ihrer Seite wissen." So charakterisierte ein hoher Beamter das Verhältnis zwischen Ministerium und KKW-Interessen als "ein sehr amikales Verhältnis". Bei einem investierten Kapital in der Höhe von 5 bis 10 Milliarden Schilling je Kernkraftwerk lässt sich leicht errechnen, wie wertvoll dieses freundschaftliche Nahverhältnis für die KKW-Interessen ist. "..Ausserdem wäre es erforderlich zu prüfen, ob die Spitzenbürokratie immer nur "dem Gesetz" und ihrem Gewissen verpflichtet ist. Sich naiv auf "das Recht" zu verlassen, hat in der nuklearen Kontroverse schon vielen geschadet." (Weihs/Gruber, Studie)

Die Zusammenarbeit Kernindustrie - bürgerlicher Staat beschränkt sich nicht auf den Bereich der Gesetze und Auflagen. Die Kernkraftwerke in Österreich werden ja von den landeseigenen Elektrizitätsgesellschaften betrieben, die sich von den Kernkraftwerken ein besseres Geschäft als von konventionellen Kraftwerken erhoffen (ca. um 15 % niedrigere Betriebskosten).

Die Kerntechnik wurde und wird auf Staatskosten entwickelt. So werden in der BRD (wo die bei uns gebauten Reaktoren entwickelt werden) in den Jahren 1973-76 6,1 Milliarden DM aus Steuergeldern allein für die Kernenergieforschung ausgegeben (4. Atomprogramm), die zum grössten Teil direkt den Grosskonzernen zufliessen. Der Staat, als Vertreter der Gesamtinteressen der kapitalistischen Wirtschaft, hat die Industrie mit möglichst viel und möglichst kostengünstiger Energie zu versorgen, um damit einen Anreiz für Rationalisierungen, der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen zu geben. Viele, auch nicht immer unmittelbar am Atomgeschäft beteiligten Kapitalgruppen haben Interesse an Kernkraftwerken, da die Kerntechnik als hochentwickelte Technologie vielen Branchen Innovations- und Wachstumsmöglichkeiten und von daher langfristige Profitquellen (technologischer Extraprofit) eröffnet (so sind am Kernkraftwerkebau in Österreich viele österreichische Unternehmen, v.a. aus der verstaatlichten Industrie mit Neben- und Teilaufträgen beteiligt).

Für den westdeutschen Imperialismus geht es vor allem um den Aufbau einer selbständigen, exportorientierten Kernindustrie (z.B. Milliardengeschäfte in Brasilien, Iran, etc) und um die Beherrschung der Technologie. Denn eine "zivile" Atomwirtschaft schafft wichtige Voraussetzungen für die militärische Verwendung.

Die österreichische Bourgeoisie ist zu schwach für solch grosse Abenteuer. Sie lehnt sich daher in ihrer Energiepolitik eng an die grossen westlichen imperialistischen Staaten an (Beitritt zur "Energieagentur", Ausrichtung nach den Empfehlungen der OECD) und verfolgt mit ihnen eine "gemeinsame Politik gegenüber den erdölexportierenden Staaten" der dritten Welt (Energieplan der Bundesregierung). Dazu gehört auch der forcierte Bau von Kernkraftwerken, um sich vom Erdöl der dritten Welt unabhängiger zu machen - um dafür aber umso stärker in die Abhängigkeit von den Supermächten und ihrem Nuklearbrennstoffmonopol zu geraten.

Das Volk trägt dabei nicht nur das Unfalls- und Strahlenrisiko, es trägt auch die Kosten. Die für die Entwicklung notwendigen Steuermilliarden werden vor der Bevölkerung als "Investitionen für die gesamte Volkswirtschaft" legitimiert, "damit unsere Wirtschaft konkurrenzfähig bleibt, damit wir unsere Arbeitsplätze erhalten, die Zukunft unserer Kinder sichern und den hohen Stand unserer Zivilisation nicht aufs Spiel setzen" (aus einem Flugblatt der österreichischen Elektrizitätswerke).

Die Bevölkerung wird auch die zukünftigen, heute noch unabsehbaren Kosten für Abfalllagerung und -wartung, für die Kraftwerksstillegung und den Abbau der strahlenden Ruine (nach ersten Schätzungen annähernd so teuer wie der Kraftwerksbau) zu tragen haben. Da sie weit genug in der Zukunft liegen, gehen sie in die laufenden Kalkulationen nicht ein.

DAS BEISPIEL WHYL

Es ist kein Wunder, dass die Pläne der Kernkraftwerke-Betreiber Widerstand hervorrufen, vor allem dort, wo die wirtschaftliche und soziale Existenz der betroffenen Bevölkerung unmittelbar bedroht ist. So z.B. in W h y l am Kaiserstuhl in Baden (BRD). Am Kaiserstuhl leben hauptsächlich Bauern und Winzer, die schon bei "normalen" kapitalistischen Verhältnissen hart um die Erhaltung ihrer Wirtschaft kämpfen müssen. Der Bau des Kernkraftwerkes mit seinen riesigen Kühltürmen würde bedeuten, dass es wegen der Nebelbildung und Radioaktivität in Zukunft unmöglich wird, am Kaiserstuhl weiterhin Qualitätsweine zu erzeugen und würde somit die wirtschaftliche Ruinierung der Winzer besiegeln, Abwanderung und Arbeitslosigkeit erhöhen.

Der Bevölkerung des Kaiserstuhlgebietes ist es gelungen, sich im Kampf gegen das Kernkraftwerk zusammenzuschliessen und schliesslich durch die Besetzung des Bauplatzes (bei einer Grosskundgebung von 10.000 bis 15.000 Menschen, die die Polizei, die den Bau-



Nachdem am Donnerstag, den 20.2.75, der Platz von der Polizei brutal geräumt worden war, gelang es am Sonntag, den 24.2.,nach einer Kundgebung von über 10 000 Menschen den Bauplatz erneut zu besetzen.

platz besetzt hatte, verjagten) den Bau des Kernkraftwerkes bis jetzt zu verhindern. - Polizeieinsatz (bis zu 65o Polizisten mit Knüppeln und Polizeihunden), Drohungen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, Spaltungsmanöver ("die Platzbesetzer sind bundesweit organisierte Linksextremisten"), trotz "Aufklärung" (Informationszentrum, Busfahrten zu Kernkraftwerken) und Versprechungen (Bau eines Freizeit entrums und einer Gemeinschaftskläranlage). Die Kaiserstühler, die sich am Beginn ihres Kampfes gar nicht vorstellen konnten, dass in diesem Staat berechtigte Anliegen der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, haben gelernt, dass sie bei der Durchsetzung ihrer gerechten Sache nicht auf Gesetze, Genehmigungsverfahren, auf die zuständigen Behörden und Politiker vertrauen dürfen, sondern sich nur auf ihre eigene Kraft und Einigkeit verlassen können, auf den selbständigen Kampf gegen den bürgerlichen Polizei- und Staatsapparat, der nicht die Intersen des Volkes, sonder einer kleinen Minderheit von Kapitalisten schützt. Diese Erfahrung ist aber nicht nur für die Kaiserstühler, sondern für alle, die sich mit der Frage der Kernkraftwerke beschäftigen, von grosser Bedeutung, besonders für Studenten und Wissenschaftler.

DIE TREIBENDE KRAFT IST DIE BETROFFENE BEVÖLKERUNG

Die Wissenschaftler waren nötig, um die Kerntechnik zu entwickeln. Sie werden auch heute gebraucht, um die Reaktoren weiterzuentwickeln und ihre gefährlichen Auswirkungen vor der Bevölkerung zu beschönigen. Wissenschaftler waren aber auch die ersten, die dank ihres besonderen Wissens die Gefährlichkeit der Kernkraftwerke erkennen konnten. 1969 erschütterten die mutigen Veröffentlichungen der amerikanischen Professoren J.W. Gofman und A.R. Tamplin das bisherige Vertrauen in US-Atomkommission (AEC) und in die von ihr festgelegten "höchstzulässigen Strahlendosen" schwer. Die beiden Wissenschaftler wurden heftig kritisiert, waren Repressionen, persönlichen Anfeindungen und schweren Diffamierungen ausgesetzt, aber ihre Bedenken konnten nicht widerlegt werden. Seither finden sich immer mehr Wissenschaftler, die nicht länger bereit sind, sich von der Nuklearindustrie und den zuständigen staatlichen Stellen kaufen zu lassen und trotz Repression und Arbeitserschwernis die Bevölkerung vor den Gefahren der Kernkraftwerke warnen.

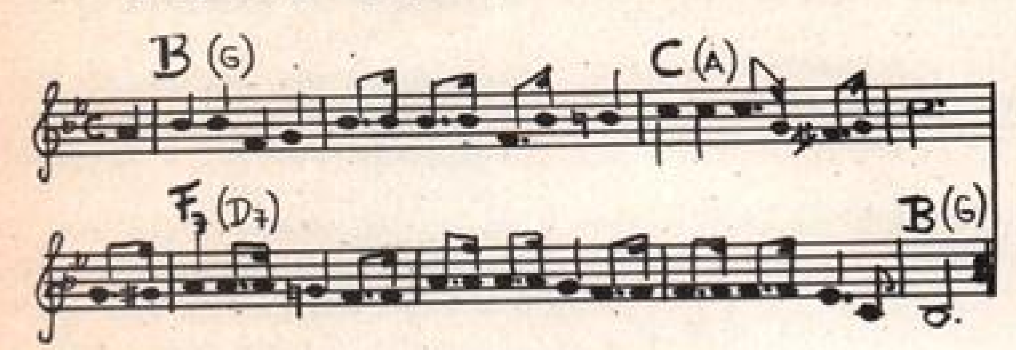
Einige von ihnen glauben noch immer, dass man die zuständigen Politiker durch die "besseren Argumente", im Gespräch von Mann zu Mann "zur Vernunft bringen kann" (besondere Hoffnung setzen sie dabei in Bundeskanzler Kreisky, einen "Politiker von Format", der der nuklearen Fortschrittseuphorie skeptisch gegenübersteht). Angesichts der bekannten Interessenslage, der Tatsache, dass die bürgerlichen Politiker diesen Kapitalinteressen verpflichtet sind und angesichts der bereits gewonnenen Erfahrungen im Kampf gegen die Kernkraftwerke erweist sich diese Hoffnung als eine Illusion. Allenfalls wirtschaftliche Gründe können sie freiwillig von ihrem Vorhaben abbringen, nicht aber die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung. (So wurde z.B. der Baubeginn des geplanten Kernkraftwerkes St. Pantaleon, OÖ. um einige Jahre verschoben, weil die Energiekapitalisten Angst haben, infolge der Wirtschaftskrise auf ihrem Strom sitzenzubleiben. Das Kernkraftwerk Zwentendorf wird weitergebaut, trotz aller Gefahren für die Bevölkerung).

Obwohl die Gutachten der Wissenschaftler und wissenschaftliche Argumente in diesem Kampf eine bedeutende Rolle spielen, ist die betroffene Bevölkerung die reale und treibende Kraft in dieser Auseinandersetzung. Nur der geschlossene Widerstand der Bevölkerung ist stark genug, die Kapitalisten und den Staat zur Aufgabe ihrer Pläne zu zwingen. Deshalb darf sich auch der Wissenschaftler nicht nach den bürgerlichen Politikern orientieren ("den Verantwortlichen Entscheidungshilfen zur Verfügung stellen"), sondern muss der Bevölkerung, die gegen die Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse kämpft, mit seinem besonderen Wissen unterstützen. Für sie ist diese Unterstützung sehr wertvoll. So sind die Kaiserstühler - und zwar jeder einzelne - in den physikalischen, biologischen, wirtschaftlichen und politischen Fragen der Kernenergie genau beschlagen, weil sie dieses Wissen brauchen, um den "Experten" und Politikern gegenübertreten zu können. Deshalb haben sie auf dem besetzten Bauplatz eine "Volkshochschule Whyler Wald" errichtet, in der jede Woche ein Vortragender eingeladen ist, mit dem sie ihre Erfahrungen diskutieren und ihr Wissen vertiefen.

Die Bevölkerung in ihrem Kampf gegen den Staat zu unterstützen, das ist auch für die Studenten die einzig lohnende Perspektive in dieser Frage. In eine Sackgasse führt hingegen die Strategie des "Weltbunds zum Schutz des Lebens", der in der Bewegung gegen die Kernkraftwerke aktiv geworden ist. In der Einleitung einer von ihm verschickten Unterschriftenliste heisst es: "Noch nie wurde die Demokratie derart mit Füssen getreten, wie durch die internationale Atom-lobby. Die Bevölkerung

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

KKW NEIN - RAG



1) Beim Frühstück sitzen drei Kapitalisten
und ein Ministerpräsident,
ein Atom-Spezialist und ein hoher Polizist
und ein Typ vom DGB, der pennt.
Ein Herr der Industrie nimmt zuerst das Wort:
"Der Profit wird uns hier zu klein!
Wir brauchen ein zweites Ruhrgebiet,
und das bauen wir am Oberrhein."

2) "Dazu plan ich euch", sagt der Spezialist,
"ein Atomkraftwerk, na klar!
Daß das schädlich ist und wahrscheinlich Mist,
vergeß ich überm Honorar."
Der Chef der Polizei erklärt:
"Ich kann nicht das Volk beschützen vor dem Dreck,
doch den Dreck kann ich schützen vor dem Volk, wenn's rebelliert,
gebt mir Waffen, und ich schaff es weg.

3) "Damit auch alles seine Ordnung hat",
sagt der Ministerpräsident,
"geb ich euch im Namen des Volkes den Segen,
dafür halt ich mir ein Parlament."
Dann singen alle sechs im Chor:
"Wir schaffen Arbeitsplätze, oh wie schön!"
Davon wacht der DGB wieder auf und sagt:
"Dann kann ich ja beruhigt wieder gehn."

4) "Leider stinkts zum Himmel", sagt der Spezialist,
"an unserm Plan ist einiges faul!
Wir brauchen einen Kerl, der ihn parfümiert
mit einem schönen großen Lügenmaul."
"Keine Bange", sagt der Ministerpräsident,
"wofür ist die freie Presse da?
Wenn der Rhein zum Abort wird, schreibt sie:
Fortschritt, Fortschritt. Ja, hurra!"

5) Dieser Fortschritt schreitet über Leichen fort,
Profitgier bewegt sein Gehirn.
Sein Maul frißt deine Arbeitskraft,
seine Scheiße sollst du konsumieren.
"Es braucht jeder Mensch", sagt das Badenwerk,
"den Strom fürn Swimming Pool!
Fürn elektrischen Tisch, fürs elektische Bett
und den elektrischen Stuhl!

6) So soll das Volk benebelt werden,
noch bevor ein Kühlturm steht.
Das Volk, so hoffen die hohen Herrn,
spürt den Schaden erst zu spät.
Doch der Bauer schaut den Acker an,
der Fischer guckt in den Rhein.
Der Winzer prüft den neuen Wein,
und alle sagen KKW, NEIN!

7) Sie reden nicht bloß, sie organisieren
gemeinsam den Widerstand.
Auf dem Land ist für Halunken
dies und das schnell bei der Hand.
Und der Arbeiter, dem Herr Eberle
die Fabrik im Dorf verspricht,
spuckt aus und sagt: "Von der Ausbeutung
befreist grad du mich nicht!"

8) Beim Frühstück sitzen drei Kapitalisten
und ein Ministerpräsident,
ein Atomspezialist und ein hoher Polizist
und ein Typ vom DGB; der pennt.
Die paar Herren hätten gern
das Volk am Zügel als stummes Stimmvieh.
Sie verwandeln Energie in Profit, aber wir:
VERWANDELN UNSERN HASS IN ENERGIE!!

Anmerkung
zu 1) Beim Erörterungstermin in Wyhl (9.Juli 1974)
saßen, gut bezahlt, teils getarnt, aber alle
einig, auf der einen Seite:
Vertreter der Kraftwerksunion (AEG, SIEMENS)
des Badenwerks, der Landesregierung, der Kripo,
des Verfassungsschutzes, des Batelleinstituts,
der Bereitschaftspolizei, der Forschungs-
institute usw.
Auf der anderen Seite:
Die betroffene Bevölkerung,
Bauern, Fischer, Angestellte, Arbeiter, Winzer,
Wissenschaftler und Studenten.

Jos Fritz

FORTSETZUNG VON SEITE 9

KKW...

hat daher nur eine Möglichkeit: Von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen und nur jene Partei zu wählen, deren Politiker sich einhellig gegen die Genehmigung, den Bau und Betrieb von Atomreaktoren aussprechen. Denn das ist der Masstab für Verantwortung, Klugheit und Weitsicht, die das Volk von denen verlangen kann, die sich zur Übernahme der Regierungsgewalt berufen fühlen." Schon beim Strahlenschutzgesetz haben wir es gesehen: Unsere bestehenden "demokratischen" Rechte und Institutionen sind gerade so geschaffen, dass sie die Durchsetzung der Interessen einer Minderheit von Kapitalisten ermöglichen und gewährleisten. Dazu Dr. Weihs, der sicher kein Kommunist ist: "Die Bevölkerung hat die bittere Erfahrung machen müssen, dass trotz Engagement, Motivation und der besseren Gründe ohnehin das geschieht, was 'die da oben wollen'. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass das herrschende Recht das Recht der Herrschenden ist - wobei der Staatsbürger in der Illusion gehalten wird, der Souverän im Staat zu sein, wie es in der Verfassung steht."

Hätten die Kaiserstühler gewartet, bis sie "eine Partei wählen konnten, die sich gegen die Kernkraftwerke ausspricht", so wäre das Kernkraftwerk längst im Bau. Sie sind jedoch den einzig möglichen Weg gegangen, sie haben ihre Sache selbst in die Hand genommen. Aber damit, dass sie die Interessen einer Mehrheit gegen die Interessen einer Minderheit von Kapitalisten und Bürokraten durchsetzen wollen, treten die Kaiserstühler die bürgerliche Demokratie mit Füssen, werden sie zu "zerstörerischen Wucherungen innerhalb der politischen Ordnung, wenn sie sich zum Ersatzsouverän aufwerfen. Sie setzen dann nicht mehr, wie die Protestierer von Whyl meinen, ihr gutes Recht durch, sondern attakieren eine Rechtsordnung, indem sie eigenes Recht setzen. Sie üben nicht mehr Demokratie, sondern sie stellen die Demokratie, die an Abstufung von Entscheidungsträgern und Verantwortlichkeiten gebunden ist, in Frage" (Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen vom 5.4.1975: "Die Lehren aus Whyl"). Klarer kann es gar nicht gesagt werden!

Das alles zeigt, dass Kernkraftwerke kein isoliertes Problem, sondern ein Produkt bestimmter wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse sind. Man wird daher auch nicht sehr weit kommen, wenn man gegen die Kernenergie an sich, als "für die Menschheit schwerwiegendste Gefahr aller Zeiten" kämpft. Nicht gegen die Kernenergie an sich, sondern gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die so einen gefährlichen "Fortschritt" produzieren, muss sich der Kampf letzten Endes richten - gegen die herrschende Wirtschaftordnung und gegen den bürgerlichen Staat, der gerade in der Frage der Kernenergie zeigt, dass er die bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse notfalls mit brutaler Gewalt gegen das Volk verteidigt.

K.M.

Kampf der Angestellten in den Architekturbüros

Fragt man einen Studenten der unteren Semester des Architekturstudiums, warum er dieses Studium ergriffen hat, so wird man verschiedene Antworten erhalten. Von den Vorstellungen des hohen Honorars, der Vorstellung des sich in "seinen eigenen entworfenen Bauwerken zu verwirklichen", bis zu dem Aspekt, daß man sozial anspruchsvollerere Wohnungen als die bestehenden bauen will, reicht die Palette der Antworten. So verschieden sie auch sein mögen, eins haben sie gemeinsam, für 98% der Architekten bleiben dies Wunschträume. Der Alltag des Architekten - angestellt in den großen Architekturbüros, zeichnet sich meist durch geist- und nervtötende Linierarbeit aus, wenn man Glück hat, kann man im Rahmen so eines Büros eventuell kleine selbständige Entwürfe machen. Dazu kommt aber, daß im Zuge der allgemeinen Verschärfung der Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung auch die Angestellten in den Architekturbüros immer mehr in Druck kommen. Immer schärfere Durchrationalisierung, d.h. immer eintönigere Arbeit, die in immer kürzerer Zeit bewältigt werden muß und dazu die Auswirkung der Teuerung, des Steuerdrucks und der Tariferhöhungen auf das Lebensniveau führen zu einer rapiden Zersetzung der letzten noch bestehenden Illusionen über den Beruf des Architekten. Besonders die jungen Kollegen spüren dies alles am stärksten.

DIE ORGANISIERUNG IN DER ARBEITSGRUPPE

Um diesem Druck nicht mehr hilflos ausgeliefert zu sein, schlossen sich einige Architekten und andere Angestellte der Zivilingenieurbüros in einer "Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik" zusammen.

In den ausführlichen Diskussionen über die Arbeitsbedingungen und die verschiedenen Konflikte am Arbeitsplatz setzte sich immer mehr die Meinung durch, daß man sich vorrangig der praktischen Seite der Produktionsbedingungen am Arbeitsplatz und den daraus kommenden gemeinsamen Interessen der Angestellten widmen muß. Daraus ergaben sich für die Arbeitsgruppe folgende Zielsetzungen:

-- Vorantreibung der gewerkschaftlichen Organisierung der Werktätigen in dieser Branche

-- Arbeit innerhalb der Gewerkschaft - gegen die Politik der Sozialpartnerschaft - für eine kämpferischen Gewerkschaft, mit dem Fernziel: Zusammenschluß aller in der Bauproduktion Werktätigen in einer Gewerkschaft.

Diese Arbeit begann damit, daß diese Arbeitsgruppe im Rahmen der Gewerkschaft der Privatangestellten, in der die Angestellten der Zivilingenieurbüros in einer Sektion organisiert sind, eine Initiativveranstaltung durchführte. Auf dieser wurde die Lage der Werktätigen in den Ingenieurbüros, deren Strukturen und Entwicklungstendenzen behandelt. Diese Veranstaltung war für die bestehenden Verhältnisse sehr gut besucht. Etwa 75 Kollegen kamen zu dieser Veranstaltung (die Gewerkschaft hatte im besten Fall mit 30 gerechnet) und sie zeigten ein äußerst reges Interesse an Aktionen zur Sicherung ihrer Interessen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaft stieg daraufhin innerhalb kurzer Zeit von 128 auf 205 an und die Arbeit wurde mit der Aufstellung von Forderungen für die anstehenden Kollektivvertragsverhandlungen fortgesetzt. Von den gewählten Vertretern der Mitgliederversammlung wurde ein Forderungsprogramm aufgestellt, mit dem diese Gewerkschaftssektion dann auch in die Verhandlungen mit den Unternehmern trat. Diese reagierten prompt und äußerst hysterisch. Denn die aufgestellten Forderungen gehen nur davon aus, daß sich für die Angestellten die Lage von Tag zu Tag verschlechtert, daß die Arbeitsbedingungen immer mieser werden und daß sie von den Unternehmern nichts erwarten könnten.

Die wichtigsten Punkte dieses Forderungsprogramms sind:

-- 1 500.- S auf die Ist-Gehälter als Inflationsabgeltung für 18 Monate und für alle gleich

-- Anhebung der KV-Mindestgehälter um mindestens den gleichen Betrag in allen Beschäftigungsgruppen

-- 4 000.- S KV-Mindestgehalt für Anlernlinge und Jugendliche

-- Alle Überstunden müssen mit 100% Zuschlag bezahlt werden.

In ihrem Organ "KONSTRUKTIV" reagierten sich die Unternehmer ab. Unter dem Aufmacher



Österreichischer Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der Privatangestellten

Zentrale: Deutschmeisterplatz 2, 1013 Wien
Telefon: (0222) 34 35 20 Serie / Fernschreiber: 07/4114 / Telegrammadresse: Privatangestellte Wien
Bitte keine Antwort ohne unser Zeichen: FM/Jr Ihr Zeichen: Durchwahl unsere Klappe: 243 Datum: 1975 09 01

An die
Bundes-Ingenieurkammer
Karlsgasse 9
1040 W i e n

Betrifft: Kollektivvertag

Sehr geehrte Herren!

Gemäß § 2, Abs. 3), letzter Satz des Kollektivvertrages vom 12.5.1971 richten wir das freundliche Ersuchen an Sie, mit uns umgehend Verhandlungen über die Abänderung der derzeit gültigen Bestimmungen dieses Kollektivvertrages aufzunehmen. Als Terminvorschlag übermitteln wir Ihnen den 25.9.1975 und hoffen, daß dieser Termin für Ihre Verhandlungskommission akzeptabel erscheint.

Wir ersuchen, in Anbetracht der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten jenen Angestellten, die höhere als im Kollektivvertrag festgelegten Gehälter beziehen, ihr bisheriges Gehalt um S 1 500,-- zu erhöhen.

Der § 7. Überstunden und deren Entlohnung wird wie folgt geändert:
(2) a) Der Grundstundenlohn beträgt 1/150 des Bruttomonatsgehaltes. In diesem Grundstundenlohn sind alle über 12 Monatsgehälter hinausgehenden Sonderzahlungen für die Zwecke der Überstundenentlohnung bereits berücksichtigt.
b) Der Zuschlag beträgt 100% des Grundstundenlohnes.
c) Überstunden können über ausdrücklichen Wunsch des Angestellten durch Freizeit abgegolten werden. Sie müssen mit 100% Freizeitzuschlag vergütet werden; zum Beispiel: eine Überstunde = zwei Stunden Freizeit. Die Freizeit ist einvernehmlich innerhalb der 3 nächstfolgenden Monate zu konsumieren.

(OBEN) Auszüge aus dem Brief mit den Forderungen zum Kollektivvertrag der Gewerkschaft der Privatangestellten.
(UNTEN) Vehemente Reaktion der Unternehmer. Auszüge aus der Zeitschrift "KONSTRUKTIV" der Bundes-Ingenieurkammer.



Wilde Wünsche zum Kollektivvertrag

Die Gewerkschaft der Privatangestellten ist zu einem fragwürdigen Sturm auf die Ziviltechniker angetreten. Man hat der Bundes-Ingenieurkammer ein Forderungspaket übermittelt, dessen Inhalt sagenhaft ist. Entgegen den meist maßvollen Äußerungen beim Bundeskongreß des ÖGB und entgegen den ebenso verantwortungsbewußten und zurückhaltenden Worten des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes haben aus der Gewerkschaft der Privatangestellten ausgesprochene Scharfmacher einen Forderungskatalog auf den Tisch gelegt, der jegliche stabilitätspolitische und realistische Einschätzung völlig vermissen läßt. In direkten Briefen an die Angestellten bei Ziviltechnikern rühmt sich die Gewerkschaft noch dieses illusionistischen Pakets, obgleich man auch in dieser Gewerkschaft wissen müßte, daß der Paketinhalt sowohl der einsichtigen Haltung des Gewerkschaftsbundes als auch der sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation ausgesprochen Hohn spricht. Es wird eine partnerschaftsfeindliche Attacke geritten, die die Atmosphäre der Zusammenarbeit in den Büros nur vergiften kann.

"Gewerkschaft dreht durch" und "Wilde Wünsche zum Kollektivvertrag" wetterten sie gegen die aufgestellten Forderungen.

Daß die Arbeiterklasse ihre Interessen im Kämpfen wahrnimmt, ist für die Unternehmer nichts neues, das kann sie nicht empören, Seit dem Bestehen des Kapitalismus gibt es die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Was sie aber besonders empört und was sie kaum fassen können, ist, wenn sich ihre eigenen Agenten plötzlich auf die andere Seite stellen und nicht mehr willfähriges und demütiges Werkzeug sein wollen.

So gesehen stellen die Forderungen der Angestellten und Zivilingenieure, die nicht mehr das Wohl der Unternehmer im Auge haben, sondern ausschließlich die eigenen Interessen ausdrücken, eine äußerst gefährliche Sache dar. Verstärkt wird dies noch durch die Forderung der Arbeitsgruppe nach einer einheitlichen Gewerkschaft für alle Beschäftigten im Baugewerbe.

Für die Unternehmer ist es unvorstellbar, daß sich der "Herr" Architekt in eine Reihe mit den "gewöhnlichen" Maurern oder gar Bauhilfsarbeitern stellt, daß er sich in die gewerkschaftlichen Kämpfe auf der Seite der Arbeiterklasse einreiht. Demgegenüber sehen immer mehr Angestellte in den Zivilingenieursbüros, daß die bestehende Spaltung nur den Unternehmern nützt, die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen und somit zu schwächen. Daß für sie der einzig realistische Weg, ihre Lebensinteressen zu verteidigen, nur im gemeinsamen Kampf mit der ganzen Arbeiterklasse liegt.

-R-

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Bildungspolitik ....

Akademiker werden mehr und mehr in die Lohnabhängigkeit hinabgedrückt.

"Die Zahl der selbständigen Akademiker ist in der Periode zwischen 1961 und 1971 rückläufig, sie ist von 24.000 auf 19.700 oder um 18 % zurückgegangen. Die Zahl der unselbständigen beschäftigten Akademiker dagegen ist von 61.600 auf 75.732 oder um 23 % gestiegen. 1971 sind 20 % der Akademiker selbständig erwerbstätig. 1961 waren es noch 28 %." (Hochschulbericht 1975, BuMiWiuF). Die selbständigen Akademiker (Ärzte mit eigener Praxis, Rechtsanwälte mit eigener Kanzlei, Architekten mit eigenem Büro, Privatlehrer, Diplomkaufleute mit eigenem Geschäft etc.) können ihre Existenz als Selbständige nur unter großen Schwierigkeiten halten. Die Inflation, die Konkurrenz untereinander und mit den großen Forschungsinstituten und staatlichen Anstalten macht ihnen zu schaffen. Sie können unter diesem Druck nicht mehr konkurrenzfähig und profitabel genug arbeiten. Und - wie man sieht - viele gehen zugrunde und müssen ihre Existenz als kleinbürgerliche selbständige Produzenten aufgeben. Sie müssen ihre Fähigkeiten gegen Lohn oder Gehalt verkaufen.

Oft genug können sie ihre geistigen und wissenschaftlichen Fähigkeiten überhaupt nicht mehr verkaufen - sie bekommen keine Arbeit als Akademiker mehr. Von 120.727 Akademikern waren 1971 bloß 80 %, nämlich 96.501, tatsächlich als Akademiker beschäftigt. Bei Frauen, die z.T. den Beruf bei Familiengründung aufgeben, sind das sogar nur 67 %! Die meisten dieser Akademiker sind als Lohnabhängige in einem völlig anderen Beruf als ihrer Ausbildung entspräche, tätig. Sie sind nicht einmal unbedingt als Kopfarbeiter beschäftigt.

Diese allgemeine Entwicklung wird in dem Maß, in dem sich die wirtschaftliche Krise vertieft, noch verstärkt dadurch, daß die Kapitalisten zu einer verstärkten Ausbeutung der Arbeitskräfte übergehen müssen. Die Arbeitsplätze eines großen Teils der Akademiker, die als Lohnabhängige dem Kapital unterworfen sind, sind keineswegs sicher, diese sind genauso betroffen von Rationalisierungen, Versuchen der Lohnkürzung usw. (vgl. das Beispiel der Zivilingenieure).

Wie bei allen übrigen Lohnabhängigen ist also auch bei den Akademikern ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Es gibt bereits genügend Anzeichen dafür, daß z.B. der staatliche Dienstgeber Akademiker einsparen will (Androhung von Lehrer- und Beamtenaufnahmestop).

BILDUNGSPOLITIK DER BOURGEOISIE DER PROFIT BESTIMMT !

In der Krise wird also deutlich sichtbar, daß im Kapitalismus die Lage der lohnabhängigen Akademiker und die Einsetzbarkeit von Wissenschaft und Forschung überhaupt von der wirtschaftlichen Lage her bestimmt ist. Das Auf und Ab

FORTSETZUNG SEITE 12

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Bildungspolitik ....

der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, das Auf und Ab der Profite bestimmt das Auf und Ab der Nachfrage nach Akademikern.

Diesem Auf und Ab der Profite hat die Bildungspolitik der bürgerlichen Parteien schon immer entsprochen: "Die Einsicht in die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hatte in den sechziger Jahren zu einer expansiven Bildungspolitik geführt. ... Die Forderung nach einer arbeitsmarktorientierten Hochschulplanung hat aber heute angesichts der Auswirkungen der Bildungsexpansion häufig einen ganz anderen Charakter angenommen. Die Aktualisierung der Thematik des Akademikerbedarfs ist nicht wie in den sechziger Jahren mit einer expansiven Perspektive verbunden, sondern mit einer restriktiven, im Sinne einer Beschränkung der 'Akademikerproduktion'." (OECD-Hochschulbericht 1975)

In den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs also wurde eine Bildungspolitik betrieben, nach der immer mehr junge Menschen zur Hochschulausbildung gebracht wurden. Die Studenten- und Absolventenzahlen stiegen und steigen noch immer. Heute braucht die Bourgeoisie nicht so viele Studenten und Akademiker. Sie will die Ausweitung der Hochschulen stoppen. Das ist allerdings nicht leicht, denn der Zustrom zu den Hochschulen kann nicht plötzlich gestoppt werden. Dazu wären Maßnahmen nötig, die bereits die Mittelschülerzahlen einschränken. Solche Maßnahmen würden sich aber erst einige Jahre später auf den Zustrom zu den Hochschulen auswirken. Und dann erfordert womöglich ein neuerlicher wirtschaftlicher Aufschwung - bis zur nächsten Krise - eine Ausweitung des Hochschulbetriebes. Weil die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus nicht planbar ist, ist auch die Bildung im Kapitalismus nicht planbar.

Da bleibt der Bourgeoisie nur mehr ein Mittel: direkt in die Akademikerproduktion einzugreifen, um so schnell wir möglich das Output an Akademikern zu senken. Darüber sind sich auch alle bürgerlichen Parteien einig. Wie diese Eingriffe auf die Hochschulen aussehen sollen, darüber streiten sie.

ÖVP: OFFENER NUMERUS CLAUSUS, GERECHTFERTIGT MIT DER DROHUNG DES "AKADEMISCHEN PROLETARIATS"

ÖVP, FPÖ, ÖSU und RFS drohen sich schon die längste Zeit mit "Akademikerüberproduktion" "Akademikerarbeitslosigkeit" und "Akademischem Proletariat". Sie sprechen von einer Bedrohung der effektiven Ausbildung der "geistigen Elite" in der heutigen "Massenuniversität", von einer Bedrohung der "Freiheit von Wissenschaft und Ausbildung".

Sie wenden sich scheinbar gegen die ganze Misere im Bildungswesen, um durch Appelle an das elitäre Standesbewußtsein des "freien Akademikers" und durch Drohung mit dem Hinabfallen ins Proletariat die Akademiker und auch die Studenten für den offenen Numerus clausus zu gewinnen: sie sollen sich als die "auserwählte Elite" vorkommen und damit einverstanden sein, daß andere vom Studium ausgeschlossen werden.

SPÖ: SOZIALE DEMAGOGIE FÜR DEN INDIREKTEN NUMERUS CLAUSUS

Die SPÖ ist einstweilen gegen einen offenen Numerus clausus. Das würde zuviel Unruhe hervorrufen. Deshalb meint auch Firnberg, daß sie alles tun wird, um einen offenen Numerus clausus zu vermeiden. Sie ist für den versteckten, indirekten Numerus clausus. Dieses Vorgehen bedarf aber ebenso einer Rechtfertigung: "Wir stehen mit unserer Akademikerquote noch immer weit hinter den anderen Industrieländern. Es besteht keine Gefahr, ganz im Gegenteil, es ist eine dringende Notwendigkeit, unsere Akademikerquote zu erhöhen. Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß nach meiner Auffassung die Ausbildung nicht nur für den Arbeitsmarkt erfolgt, sondern auch für den Menschen selbst. Bildung ist ja ein Menschenrecht, das jedem zusteht. Und selbst wenn ein Mensch dann einen Beruf ausübt, der nicht unbedingt ein so hohes Ausbildungssystem erfordert, so erreicht er damit eine zusätzliche Lebensqualität. Kein Mensch hat ein Anrecht, in einem Beruf zu arbeiten, auf den er vorbereitet wurde. Das muß einmal vorweg gesagt werden. Er hat das Recht auf Arbeit, auf einen Arbeitsplatz, aber doch nicht auf einen bestimmten Arbeitsplatz. Das gilt natürlich auch für Akademiker."(Interview mit Firnberg, Arbeit und Wirtschaft 7/8/75)

Unter der Parole der "Chancengleichheit" und der "Lebensqualität" ist die SPÖ also für eine Akademikerausbildung der "freien Konkurrenz", einer solchen Anspannung und der Studienbedingungen und des Einbauens verschiedenster Hürden in den reformierten Studiengängen, daß ein Großteil der Studierenden in den ersten Semestern bereits ausgesiebt wird.

Dementsprechend sieht die Hochschulpolitik der SPÖ-Regierung aus: Das Hochschulbudget wird von 2,66 % des Gesamtbudgets im Jahre 1974 auf 2,62 % im Jahre 1975 gesenkt. Der Ausbau der Hochschulen wird eingestellt oder zumindest lange hinausgezögert (siehe Juristengebäude, Zoologisches Institut oder der katastrophale mangel an Sezierplätzen bei den Medizinern). Die Hörsäle werden zu eng, aber man unternimmt nichts dagegen. Die Stipendien läßt die Regierung durch die Inflation entwerten. Die Prüfungsbedingungen werden verschärft. Alles in allem wird so die Drop-out-Rate erheblich gesteigert - sie liegt heute bei 44 % !

Was macht also die SPÖ-Regierung: sie schafft systematisch einen versteckten, inneren Numerus clausus, so daß die Hälfte der Studenten rausfliegt und sagt trotzdem, daß die Hochschulen für jeden offen stehen (wegen der "zusätzlichen Lebensqualität", die man sich da angeblich holt.).

Offener Numerus clausus oder indirekter Numerus clausus - weder das eine noch das andere kann auch nur einem Akademiker seinen Arbeitsplatz garantieren. Beides spielt letztlich die Studenten gegeneinander aus und hilft der Bourgeoisie, ihre Politik reibungsloser durchzuführen und die Studenten insgesamt ihren Interessen besser zu unterwerfen.

W.D.

Offizielle Untersuchungen über den Bedarf an Bundeslehrern für die höheren Schulen teilen diesen nach folgenden Punkten ein:

1. Der Nachholbedarf
2. Der Ergänzungsbedarf
3. Der Erweiterungsbedarf

Schauen wir uns die einzelnen Punkte etwas genauer an.

DER NACHHOLBEDARF

Unter Nachholbedarf versteht das Ministerium die Mehrleistungen der Lehrer in Form von Überstunden und Supplierungen, sowie die Kürzungen am lehrplanmäßigen Unterricht, im Klartext also nichts anderes als die Normalisierung der staatlich vorgeschriebenen Schulmisere.

Monatlich leisten Österreichs Lehrer (also nicht nur die Bundeslehrer) 60 000 Überstunden, und Supplierungen können vom Lehrer wöchentlich im Ausmaß von 7 Stunden verlangt werden. In Salzburg gibt es Lehrer, die bis zu 50 Stunden pro Woche unterrichten, was allerdings eine Ausnahme ist. Ein beträchtliches Ausmaß nehmen die Kürzungen und Einschränkungen am lehrplanmäßig vorgeschriebenen Unterricht an. So sind z.B. 1973/74 in 55% aller AHS-Klassen Österreichs Pflichtstunden entfallen oder die Fächer wurden gekürzt. In Vorarlberg entfielen pro AHS-Klasse 1,12 Pflichtstunden. Aber nicht nur Kürzungen finden statt, auch Überschreitungen der Klassenhöchstzahlen sind keine Ausnahme. Sie wurden 1974/75 von 450 AHS-Klassen überschritten, wobei man aber bedenken muß, daß 36 Schüler (die Höchstzahl) vernünftig zu unterrichten wohl ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Im Jahre 1974/75 wurden die Klassenschülerhöchstzahlen in Prozenten aller AHS-Klassen im folgenden Ausmaß überschritten.

Oberösterreich	: 17,74 %
Kärnten	: 11,08 %
Steiermark	: 10,84 %
Salzburg	: 9,30 %
Wien	: 8,30 %

Zu diesen Zahlen ist zu sagen, daß die Zustände in den anderen Bereichen des Volksbildungswesens, also in den Volks-, Haupt- und Sonderschulen noch schlechter sind und daß die Situation besonders in den Anfängerklassen der AHS überaus schlecht ist und sich weiter verschlechtert. So stieg in Wien die Durchschnittszahl der Klassenstärken bei den Anfängern von 1974/75 auf 1975/76 von 34,4 auf 35,3 , sodaß in manchen

Überangebot an AHS-Lehrern?

Über die Sommermonate berichtete die Presse des öfteren über Pläne des Finanzministeriums, die die Einstellung von Beamten und somit auch von Bundeslehrern in den Staatsdienst betreffen. So kündigte Androsch im Juni an, daß im Jahr 1976 keine neuen Beamten aufgenommen würden, während der Finanzminister im August dann präzisierte, daß das Budget 1976 keine neuen Dienstposten für Bundeslehrer vorsehen würde, sodaß nur der natürliche Abgang an Lehrern ersetzt würde. Demgegenüber ließ Unterrichtsminister Sinowatz verlauten, daß heuer alle Lehrer eingestellt würden und auch in weiterer Zukunft der Bedarf an Lehrern steigen werde.

Diese Ankündigungen wurden dann auch gleich ideologisch abgesichert, indem z.B. Androsch von einer Befriedigung des Lehrerbedarfs an den Bundesschulen sprach und gleichzeitig sagte, daß es beim Bund ebensowenig eine Einstellungsgarantie gäbe, wie bei anderen Unternehmen. Auch die Frau Wissenschaftsminister Firnberg hatte etwas zu diesem Problem zu sagen. Ihrer Meinung nach habe natürlich kein Hochschulabsolvent ein Recht auf einen bestimmten (d.h. auf einen durch das Studium qualifizierten) Arbeitsplatz, und im übrigen bedeute ein abgeleistetes Hochschulstudium per se ein höheres Maß an Lebensqualität (!).

In welcher Situation nun erfolgen solche Ankündigungen, worauf sollen sie vorbereiten und wie sieht die Sitation in den höheren Schulen wirklich aus?

Im Rahmen der Vertiefung der kapitalistischen Krise in Österreich entwickeln sich auch die Staatsfinanzen krisenhaft. Mehr und mehr wird die direkte Stützung der Profite der Kapitalisten zum vorrangigen Zweck der Staatsausgaben. Um das Geld dafür zu haben, erhöht der Staat die Ausplünderung der Massen über Steuern, Tarife und Gebühren und streicht zur gleichen Zeit die sogenannten "Sozialausgaben" zusammen. Neben Kürzungen, von denen man schon weiß, wie die Streichung der kümmerlichen Wohnungsbeihilfe, der Kürzung des staatlichen Zuschusses der Arbeitslosenversicherung, der Kürzung des Schulbuchbudgets, soll nun auch bei den Personalkosten der Gürtel enger geschnallt werden, worunter allerdings nicht Polizei und Bundesheer zu verstehen sind. Inwieweit schon nächstes Jahr ausgebildete Lehrer nicht in den Schuldienst übernommen werden, läßt sich heute allerdings noch nicht genau sagen.

Bezirkenalle Anfängerklassen 40 Schüler haben. Aber, so könnte das Ministerium beruhigen, die Klassen schrumpfen sehr schnell.

DER ERGÄNZUNGSBEDARF

Der zweite Punkt, der Ergänzungsbedarf, ist nichts anderes als die Ersetzung all jener Lehrer, die aus dem Schuldienst ausscheiden (Berufswechsel, Pensionierung oder Todesfälle). Für diese Rubrik hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst für den Zeitraumbis 1984 einen Bedarf von 2510 Dienstposten bei den Bundeslehrern errechnet. Diese niedrige Zahl rührt daher, daß die Altersstruktur der Bundeslehrer ihr Hauptgewicht auf Lehrern unter 46 Jahren hat.
Besonders in Wien und im Burgenland ist diese Tendenz sehr stark ausgeprägt. In Vorarlberg sind die relativ meisten älteren Lehrer beschäftigt. Gegenüber diesem Abgang haben allein 1973/74 979 Studenten ein Lehrstudium abgeschlossen. Das Ministerium errechnete bis 1984 6-7000 Lehramtsabsolventen, die den 2150 Abgängen gegenüberstehen. Das heißt also, daß bis 1984 3500-4500 Lehrer über den Ergänzungsbedarf hinaus eingestellt werden müßten. Die niedrig-optimistische Schätzung des Ministeriums von nur 6-7000 Absolventen geht offensichtlich davon aus, daß die "Bemühungen" des Ministeriums, die Studentenzahlen so zu regeln, daß keine "Überkapazitäten" entstehen, einschneidende Erfolge haben werden.

DER ERWEITERUNGSBEDARF

Die Verschlechterung sowohl der materiellen als auch der sonstigen Studienbedingungen der Studenten zeigt schon heute mit dankenswerter Offenheit wie das Ministerium seine Schätzungen zur Realität werden lassen will.
Der dritte Punkt, der Erweiterungsbedarf, umfaßt alle jene Maßnahmen, die vielleicht getroffen werden, um die Situation an denSchulen zu verbessern. Also: Herabsetzung der Lehrerstundenzahlen, der Klassenhöchstzahlen, oder aber sogenannte qualitative Verbesserungen, wie Förderunterricht, Schulversuche etc. Wieviel Aussicht solche Vorstellungen haben, realisiert zu werden, kann man schon daran ablesen, daß die Ankündigungen Androschs darauf hinauslaufen, nicht einmal die sogenannten Mehrleistungen abzubauen, wo doch gleichzeitig mindestens bis 1980 mit steigenden Schülerzahlen an den AHS zu rechnen ist. Zum anderen schwindet heute ganz allgemein die wirtschafts- und finanzpolitische Grundlage für eine Reformpolitik des Staates, sieht doch schon heute seine Finanzpolitik den Abbau der Sozialleistungen vor.
Auch ein anderer Sektor der Schulmisere, der des Schulraummangels nämlich, entwickelt sich keineswegs zum Besseren, verkündete doch Finanzminister Androsch am 19. Juni, daß der Bund aus Gründen der Stabilität seit 14 Monaten keine neuen Schulbauten mehr in Angriff nehme. (Man sei an die Wahlkampfparole Kreiskys erinnert, der Schulen bauen ließ, um die Arbeitsplätze zu sichern). So hat schon das Budget 75 eine real, d.h. unter Einrechnung der Baukostenteuerung, um mindestens 20% niedrigere Ziffer für den Schulbau vorgesehen als 74. Eine Senkung der Klassenstärken würde natürlich nicht nur mehr Lehrer vorsehen, sondern auch mehr Schulraum, der ja bisher in Wirklichkeit zu gering bemessen ist. 413 AHS-Klassen in Österreich, das sind fast 8%, haben ihren Unterricht in Nebenräumen und Wanderklassen sind nach wie vor keine Seltenheit.

Dies alles zeigt also mit großer Deutlichkeit, daß von einer ausreichenden Versorgung der höheren Schulen mit ausgebildeten Lehrern keine Rede sein kann, sondern daß die Situation sich aller Wahrscheinlichkeit nach verschlechtern wird. Die Länder haben zwar bisher noch keine konkreten Maßnahmen bezüglich der Einstellung von Volks-, Haupt- und Sonderschullehrern bekanntgegeben, aber zum einen wird die Finanzkrise auch vor ihnen nicht haltmachen, zum anderen sind schon heuer die Prüfungsbedingungen an den Pädagogischen Akademien äußerst verschärft worden, was zeigt, daß auch diese Lehrer in Zukunft verschärftem Druck unterworfen werden sollen.

Womit also zu rechnen ist, ist nicht nur eine Verschlechterung der Situation an den höheren Schulen, sondern das gesamte Volksbildungswesen entwickelt sich zum Schlechteren.

WELCHE FOLGEN BRINGT DIESE ENTWICKLUNG FUR DIE STUDENTEN ?

Die erste, die sich schon heuer auswirkte, betrifft die Sondervertragslehrer. In Wien z.B. sind schon heuer keine neuen Sondervertragslehrer mehr aufgenommen worden und nur wenige der alten Verträge wurden erneuert. Dies und die gesamte Entwicklung der Arbeitsplatzunsicherheit auch bei Lehramtskandidaten wird, so wenigstens Prof. Grünn in der Zeitschrift "Die allgemeinbildende höhere Schule", zu einer weiteren Verkürzung der Studienzeiten führen und somit das Lehrerangebot noch weiter erhöhen. Im Klartext heißt das, daß man damit rechnet, daß die Lehramtskandidaten versuchen werden, ihr Studium noch schneller als bisher hinter sich zu bringen, damit sie noch einen Posten bekommen.

Zweitens rechnet eben derselbe Prof. Grünn damit, daß sich in bestimmten Fächern in relativ kurzer Zeit ein "Überangebot" ergeben wird und so zunehmend mehr Lehramtsabsolventen gezwungen sein werden, ihren Schuldienst in "entlegenen" Schulen anzutreten.

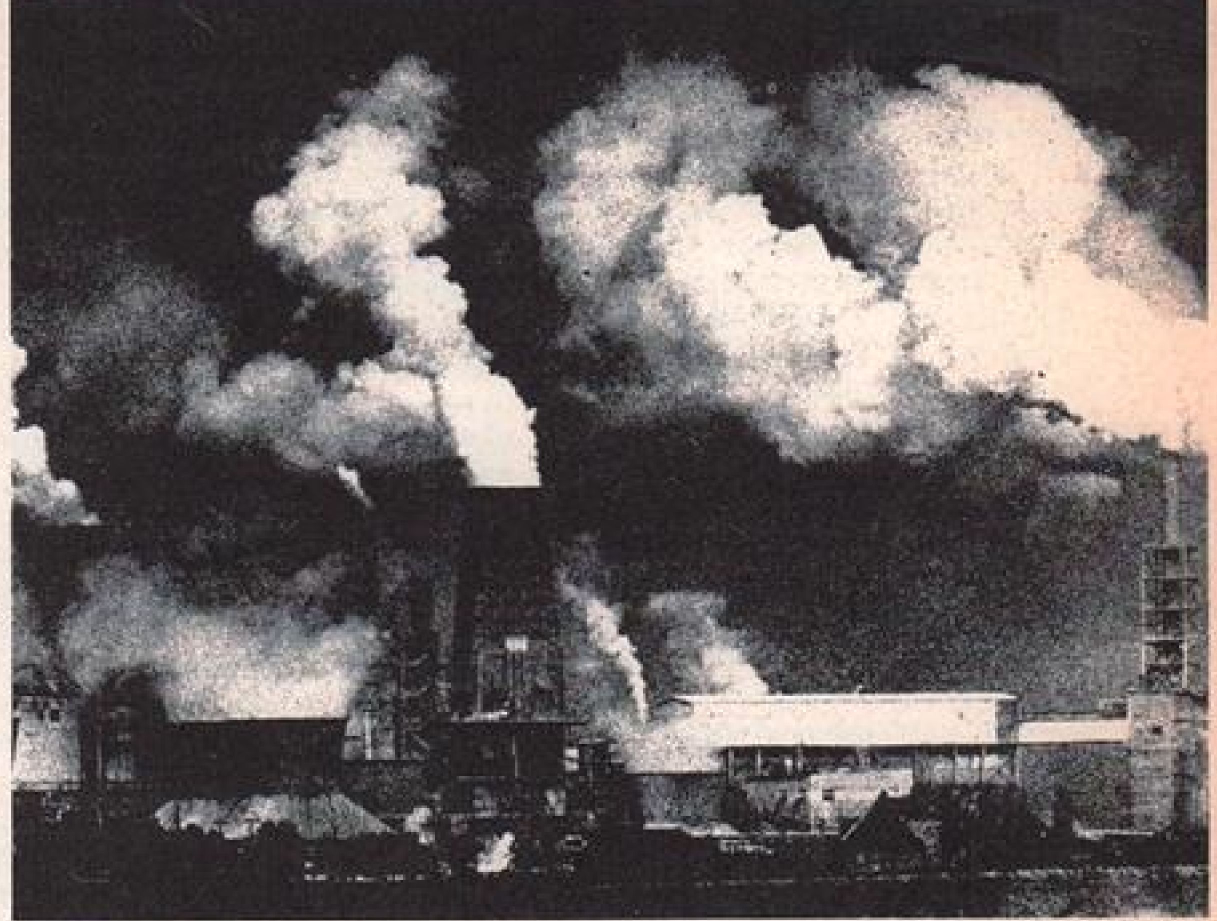
Die dritte Folge wird sein, auch sie wurde in diesem Jahr schon wirksam, daß die Kontrolle und Disziplinierung der Lehramtskandidaten durch den bürgerlichen Staat sich verschärfen wird. Schon heuer haben viele, die ihren Schuldienst in Wien antreten wollten, "vertrauliche" Gespräche im Stadtschulrat, die mit dem Hinweis auf die schlechte Situation begründet wurden, über sich ergehen lassen müssen, in denen sie nach ihrer politischen Einstellung befragt wurden.

Die vierte Folge kennen die meisten Kollegen schon heute. Die "gespannte Arbeitsplatzsituation" erleichtert es dem Ministerium und seinen universitären Erfüllungsgehilfen, die Studien- und Prüfungsbedingungen entscheidend zu verschlechtern, indem die Konkurrenz unter den Kollegen sich verschärft, da jeder so schnell wir möglich das Studium beenden möchte.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

»Umweltschutz« im Unterricht

Die neuen Studienordnungen für Biologie räumen der Frage des "Umweltschutzes" einen relativ großen Raum ein. Die Gedanken und "Theorien", die den zukünftigen Lehrern zu diesem brennenden Problem aller entwickelten kapitalistischen Länder geboten werden, haben ihren wesentlichen Kern darin, daß von den wahren Ursachen der Umweltzerstörung, der kapitalistischen Form der Produktion abgelenkt und das Volk als der Schuldige hingestellt werden soll. Die Linie, auf der die Lehrveranstaltungen sich bewegen, läßt sich an einer Broschüre zur Lehrerfortbildung vom Unterrichtsministerium ("BIOLOGIE UND UMWELTKUNDE" mit dem Artikel von Prof. Dipl. Ing. Dr.techn. E. Wogrolly: "Müllbeseitigung - ein Umweltproblem) gut zeigen. Außerdem wurden noch Materialien aus der BRD herangezogen (z.B. der Bericht der Fachtagung: Erziehung zum Umweltbewußtsein - Umwelt Saar 1973).



Das Leitmotiv für die bürgerlichen "Umweltschützer" gibt "Die Industrie" (Organ der Industriellenvereinigung) an, wenn sie - nach der Methode des ertappten Diebes, der sich hinstellt und laut "haltet den Dieb" ruft - schreibt: *"Bei der Hexenjagd nach dem Schuldigen übersehen wir noch allzugern, daß jeder von uns dazugehört: Hersteller und Verbraucher, Ingenieur und Landwirt, Hausfrau und Autofahrer - wir alle sind schuld an der Umweltkrise".*

Die Argumentation der Umweltdemagogen lässt sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

(1) "Abfälle sind notwendige Zeugnisse der Zivilisation" - "je rasanter der Fortschritt - desto gravierender die Umweltschäden" - "die wachsende Müllproduktion ist eine gegebene Tatsache der Zivilisation" -

(2) Angesichts dieser Tatsache soll Umweltbewusstsein geweckt werden. Dieses soll jedem einzelnen sagen: "dass jeder Bürger zugleich Verursacher und Betroffener von Umweltschäden ist".... "dass jeder Schüler mittelbar und unmittelbar an der Umweltbelastung teilhat".

Auf der Fachtagung Erziehung zum Umweltbewusstsein wurde dieses "Mitverursachen" genauer definiert: "Den Schülern muss bewusst sein, dass sie mittelbar und unmittelbar an der Umweltbelastung teilhaben. In ihrem täglichen Leben sind die Schüler Konsumenten einer Vielzahl von Dingen, welche während oder nach dem Gebrauch die Umwelt belasten. Diese Belastungen sind teilweise vermeidbar, z.B. Tabakrauchen in Gegenwart von Nichtrauchern, Leerlaufenlassen der Automotoren, Wegwerfen von Behältern aller Art auf Strassen, in Anlagen und Wäldern (Umwelt - Saar S.51).

Sinngemäss folgen dann Schlagwörter wie "Wir befinden uns alle in einem Raumschiff, wir sitzen alle im selben Boot."

(3) Und da der Dreck von allen stammt, "wäre es eine Illusion zu glauben, dass eine Verbesserung der Situation ohne den Beitrag jedes einzelnen Bürgers zu erreichen ist. Höhere Kosten für Waren und Dienstleistungen werden sich ebensowenig vermeiden lassen wie eine Erhöhung kommunaler Ausgaben." (Umweltprogramm der BRD)

Es geht also um die Finanzierung der Entsorgung - um die Abwälzung der Kosten auf das Volk.

Dazu bemerkt Wogrolly in der "Lehrerfortbildungsbroschüre" (S.1o2): "Die Beseitigung von Sondermüll der Wirtschaft könnte sicherlich durch privatwirtschaftliche Initiativen mit staatlicher Unterstützung gelöst werden. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, wird im SPD-Programm festgestellt: 'Die Lasten (nämlich die der Dreckbeseitigung) erfordern vielschichtige Opfer der Bevölkerung, z.B. Besteuerung und höhere Kosten für die Anschaffung von Gütern!'"

Analysieren wir nun diese Punkte genauer:

1. UMWELTZERSTÖRUNG - EIN TECHNOLOGISCHES PROBLEM ?

Der Ausgangspunkt aller "Umweltargumentationen" ist die Feststellung, dass jeder industrielle Fortschritt zwangsläufig die Zerstörung der Umwelt mit sich bringt. Im Jargon Wogrollys heisst das: "Je rasanter der Fortschritt, desto gravierender die Umweltschäden" (S. 86) und "Abfälle sind Zeugnisse der Zivilisation.....Müll, der Abfall überspitzter, zügelloser Werbung und ungehemmter Produktion unter rabiater Ausnutzung aller Rohstoffe, ist Schandprodukt einer falsch verstandenen Zivilisation."

Um wessen "Fortschritt", um wessen "Zivilisation" handelt es sich da? Offensichtlich um den "Fortschritt" und die "Zivilisation" derer, die über die Produktion verfügen und bestimmen, was und wie produziert wird. Und das sind im Kapitalismus die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten und teilweise der Staat. Das Volk - die Arbeiter und die Werktätigen - hat lediglich zu arbeiten und nichts zu bestimmen. Gerade bei den Anstrengungen des Staates, gegen den Willen der Bevölkerung die Kernkraftwerke - die nach dem heutigen Stand zumindest eine grosse Bedrohung der Umwelt bedeuten - zu bauen, zeigt das deutlich.

Wogrolly suggeriert in der "Lehrerfortbildungsbroschüre" eine Technik, die im Dienste aller steht und für das Wohl aller sorgt. Er vertuscht, dass die kapitalistische Produktion nicht nach den Bedürfnissen des Grossteils der Bevölkerung ausgerichtet ist, sondern nach den Interessen einer kleinen Schicht von Besitzenden. Die Verschmutzung und die rücksichtslose Ausbeutung der Natur ist aber nicht notwendig Begleitprodukt jeder industriellen Produktion, wie Wogrolly behauptet.

Die Kapitalisten sprechen da eine andere Sprache. Vor die Frage gestellt, Profit oder Umweltschutz, gibt es nur eine Antwort: Profit!

Dr. Ratz, der Geschäftsführende Direktor des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, analysiert das Dilemma der Kapitalisten folgendermassen: "Das Hauptproblem der Förderung von Forschungsschwerpunkten im industriell-gewerblichen Bereich besteht darin, dass in einer freien Wirtschaft kein Unternehmen verhalten werden kann, seine Forschungs- und Entwicklungstätigkeit auf andere Produkte zu lenken als solche, die entsprechende Marktpreise und genügende Umsätze gewährleisten."
(Die Zukunft, 9/74, S. 8)

→

AHS-Lehrer...

Inwieweit es zu einer tatsächlichen Lehrerarbeitslosigkeit kommen wird, läßt sich jetzt noch nicht voraussagen, aber schon jetzt müssen die Kollegen alle Versuche, die Studienbedingungen zu verschlechtern und die Gesinnungsschnüffelei zu verschärfen, entschieden zurückweisen, wollen sie den künftigen Entwicklungen nicht wehrlos gegenüberstehen.

K.B.

Lehramt Mathematik : Rivalität zwischen den Professoren

Jene Kollegen, die sich in der letzten Zeit bei Prof.Hofreiter einThema für die Hausarbeit holten, müssen jetzt in den sauren Apfel beißen. Als sie bei der LA-Prüfungskommission für die Prüfung sich anmelden wollten, erfuhren sie, Prof.Hofreiter sei nicht mehr berechtigt, Hausarbeiten zu vergeben, er sei "zu alt"! Als ihm das ein Kollege mitteilte, sagte er: "Das ist mir neu". Die betreffenden LA-Anwärter, es sollen so an die 50 sein, bezeichnen das allerdings als Schweinerei. Für sie heißt das nämlich, daß sie sich um einen anderen Professor umsehen müssen, und der verlangt vielleicht zusätzlich noch die eine oder andere Lehrveranstaltung. Einige Kollegen vermuten, daß hinter dieser ganzen Sache Prof.Großer steckt, der auf diese Weise erreichen will, daß die Lehramtskandidaten nicht mehr zu Prof.Hofreiter gehen (bei dem es bisher noch am leichtesten war, durchzukommen), sondern zu ihm (er ist am Mathematischen Institut als Scharfmacher bekannt).

G.M.

2. DIE KOLLEKTIVSCHULD

Weil die Probleme der Umweltzerstörung nicht mehr zu übersehen sind und immer weiter anwachsen und schon an vielen Punkten die offene Empörung und den Widerstand der Bevölkerung hervorrufen, versucht die Bourgeoisie schon seit längerer Zeit über ihre Lakaien aus der Wissenschaft das Volk als den Schuldigen hinzustellen. Am besten fängt man dabei natürlich in der Schule an.

Auf der Fachtagung "Erziehung und Umweltschutz" entwirft der Pädagogik- und Didaktikprofessor Wolfgang Kuhn in diesem Sinn ein didaktisches Modell. Der Leitsatz ist: "Den Schülern muss bewusst gemacht werden, dass sie mittelbar und unmittelbar an der Umweltbelastung teilhaben." (Umwelt - Saar S. 51) Er lenkt von den wahren Ursachen der Verschmutzung ab und stellt zynisch fest: "Offensichtlich muss also der didaktische Ansatz ganz anders gewählt werden. Es wäre beispielsweise ebenso sinnlos, wollte man - auch mitten in industriellen Ballungszentren - über die Gefahren der Staub- und Gasemissionen sprechen, da die Kinder selbst weder in irgend einer Weise zur Abhilfe dieses Übelstandes beitragen können, noch in der Lage sind, sich durch ihr Verhalten irgendwie vor Schaden zu schützen. Die im Sinne eines exemplarischen Unterrichts auszuwählenden Themen wären demnach in erster Linie danach zu bewerten, ob sie die Kinder zu eigener Aktivität anregen - auch wenn diese etwa nur in der Beeinflussung ihrer Eltern bestünde - und gleichzeitig ihr Verhalten so beeinflussen, dass sie möglichen Schaden von sich und anderen abwenden können."
Wie sieht nun diese "Anregung zu eigener Aktivität" für die Schüler aus? Der Pädagoge des Grosskapitals schreibt weiter: "Dabei erscheint es, trotz der heute geforderten überwiegend 'scientifischen' Orientierung unseres naturwissenschaftlichen Grundschulunterrichts, durchaus angebracht, auch die Empfindungen und Emotionen der Kinder im Dienst des Umweltschutzes zu wecken und nutzbar zu machen. So wird es z.B. wenig oder auch gar keinen Eindruck hinterlassen, wenn der Lehrer auf einem Unterrichtsgang im Wald lediglich darauf aufmerksam macht, wie "hässlich" wilde Müllplätze sind. Die Situation ist jedoch sofort eine völlig andere, wird statt dieses Hinweises ein Klassengespräch darüber geführt, was alles geschehen kann, wenn Tiere wie Füchse, Dachse, Wildschweine oder gar Rehe während der Dämmerung oder Nacht in diesen Unrat hineinlaufen. Auf den Flaschenscherben, von rücksichtslosen Menschen einfach in den Wald geworfen, treten sie sich die Füsse blutig, die scharfkantigen Blechränder ausgedienter Eimer und Waschbütten, Ofenrohre oder sogar Autoteile zerschneiden die schlanken Beine der Rehe. Die rostigen Sprungfedern alter Matratzen können sich tief in den Körper des Tieres hineinbohren und lebensgefährliche Wunden verursachen. Bei den Grundschulkindern hinterlassen die so geweckten Vorstellungen einen tiefen Eindruck." (Umwelt - Saar S. 33f)

In der Tat hinterlässt dies einen tiefen Eindruck bei den Kindern, v.a. einen falschen. Gegen die Verpestung der Luft, des Wassers, des Bodens durch die Industrieabfälle der Kapitalisten kann man ohnehin nichts machen, deshalb verschweigt man es den Kindern lieber und bringt ihnen bei, dass sie und ihre Eltern, die oft genug unter den gesundheitsschädlichsten Bedingungen arbeiten müssen, die Schuldigen sind. Weil man gegen den Kapitalismus nichts machen darf, muß man den Kindern in der Schule Greuelmärchen über die "armen Tiere im Wald" erzählen.

Das Nonplusultra des "kritischen"Umweltbewusstseins besteht dann darin, dass man "Plastiktüten nicht wegwerfen soll, weil (die wissenschaftliche Erklärung folgt sofort) die chemischen und mikrobiologischen Abbaumittel der Natur sie nicht vernichten können." (Spiegel 18/73, S.56) Wer diese umweltbelastende Verpackung erzeugt und vor allem, warum sie erzeugt wird, ist nicht Gegenstand der Diskussion. Ausgerüstet mit diesen neuen Erkenntnissen treten die Schüler hinaus ins Leben und "klären ihre Mitmenschen über die Zukunftsaussichten auf."

3. ALLE SIND SCHULD – ALLE MÜSSEN ZAHLEN

So wird die Bevölkerung von ihrer Mitschuld überzeugt. Hat man alle auf diese Weise weichgeklopft, kann man darangehen, den Pferdefuss des Umweltschutzes zu lösen - nämlich die Kostenfrage. Das ist der dritte Punkt der Argumentation: Wogrolly berichtet dazu, wie die amerikanischen Kapitalisten das lästige Finanzierungsproblem lösen: "In Amerika versucht man...andere Wege zu gehen.Z. B. Sollen alle Getränkeverpackungen von 2o Unzen und darunter mit einem Einsatz von lo cents belastet werden....In New York ist eine Sondersteuer von 2 cts auf alle Nicht-Lebensmittelverpackungen aus hartem Kunststoff zu entrichten." (B.z.Lehrerfortbildung, S.lo4)
Umweltminister Leodolter hat sich dieser amerikanischen Lösung angeschlossen. Am 1. Juni 1974 verkündete der Kurier die Vorstellungen des Ministeriums mit der Schlagzeile: "Eine Strafsteuer für die Umweltsünder". Im Text heisst es dann: "Mit zwei verschiedenen Strafgebühren will Gesundheitsministerin Leodolter den Umweltsündern auf den Leib rücken." Im Untertitel bemerkt der Kurier, dass Minister Leodolter das Verursacherprinzip detailliere. (S.4) Das geschieht im neuen Entwurf dann so: "Bestimmte Produkte, die die Umwelt belasten, sollen mit einem Preisaufschlag von 4 % belegt werden." (Kurier). Die Umweltsünder, die bestraft werden sollen, sind also - die Konsumenten. Diese müssen um 4 % für solche Waren mehr bezahlen, die der Unternehmer - aus Profitgründen - nicht umweltfreundlich sondern umweltbelastend erzeugt (z.B. Einwegverpackungen).D.h.: Das Volk wird dafür bestraft, dass der Unternehmer aus "uneigennütziger" Rücksicht auf seine privaten Profite umweltfeindliche Waren herstellt.

Diese Finanzierungspolitik, derzufolge die Konsumenten für die von den Kapitalisten verursachten Schäden zu zahlen hätten, versucht das SP-Ministerium in sozialpartnerschaftlicher Manier dadurch zu verschleiern, dass es die "Nachteile", die diese "Lösung" für die Unternehmer mit sich bringe, gross hervorstreicht: Diese müssten nämlich, heisst es im Ministerium, falls sie umweltfeindlich produzieren, die 4 %ige Preiserhöhung ihrer Produkte einkalkulieren. Eine wahrlich abschreckende Strafe für die Unternehmer, abschreckend vor allem, weil ihnen derselbe Gesetzentwurf Subventionen aus ebendiesen 4 % zugesteht, für den Fall, dass sie sich entschliessen, für den vorher profitbringend erzeugten Dreck die "Verwertung und Beseitigung" zu übernehmen. (Kurier, 1.6.74)

Anhand dieser Vorstellungen des Ministeriums lässt sich die Rolle des Staates bei der Lösung des Finanzierungsproblemes deutlich aufzeigen. Die Prioritäten, die sich für den kapitalistischen Staat in Sachen Umweltschutz stellen, fasst Minister Leodolter in ihrem Artikel "Forschung für die Umwelt - Leben auf dem 'Raumschiff Erde'" folgendermassen zusammen:

FORTSETZUNG Seite 16

UMWELTSCHUTZ...

FORTSETZUNG v.Seite 15

1. "Umweltschutz ist eine kollektive Kompromissentscheidung zwischen Konsumverzicht..... und Bewahrung der Biosphäre".
2. "Jede umweltpolitische Massnahme hat wirtschaftliche Konsequenzen und wirkt so auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft auf den internationalen Märkten. Umweltschutz ist also in hohem Masse eine Willens- (also eine politische) Entscheidung. Umweltpolitik ist eine bedeutende Einwirkung auf die Wirtschaft."

Was heisst das im Klartext? Ginge man daran, den Verschmutzer, die kapitalistische Industrie, für die angerichteten Schäden zur Verantwortung zu ziehen (d.h. würde man von ihr Geld zur Wiederherstellung oder zur Verhinderung neuer Schäden verlangen), dann würde man damit die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe am internationalen Markt beeinträchtigen. Das ist aber genau das, das die SP-Regierung als "Verwalter" des kapitalistischen Staatshaushaltes nicht machen kann. Die Priorität bei umweltpolitischen Massnahmen ist die Konkurrenzfähigkeit - die gesicherte Profitrate der Unternehmer. Die Gesundheit der Arbeiterklasse und des Volkes ist dabei vorerst von untergeordneter Bedeutung.

Der Gund, warum der kapitalistische Staat dennoch Umweltpolitik betreibt, liegt in der Tatsache, dass durch rücksichtslose Ausplünderung der dritten Welt und durch die Gefährdung der Gesundheit und der Existenz der Arbeiterklasse mittels steigender Arbeitshetze und Lohndrückerei ein Zustand erreicht wurde, der die Grundvoraussetzungen der kapitalistischen Produktion selbst bedroht. Der Staat muss diese Produktionsbedingungen aufrechterhalten, um den Profit der Unternehmer zu gewährleisten. Er muss Mittel und Wege finden, um die Extraausgaben der Industrie zur Verhinderung weiterer Schäden aufzubringen. Diesen Zweck soll der neue Umweltgesetzentwurf erfüllen. Die Masse der Werktätigen soll durch die 4 %ige Preiserhöhung über Vermittlung des BM.f.Gesundheit und Umweltschutz jene Geldmittel aufbringen, die die Kapitalisten brauchen, um die Profitproduktion, die für die Zerstörung der Umwelt verantwortlich ist, aufrechtzuerhalten.
Neben dieser im Entwurf des neuen Umweltgesetzes vorgesehenen 4 %igen Preiserhöhung werden jetzt schon grosse Mittel von Steuergeldern aus den Taschen der Lohnabhängigen als Subventionen den Unternehmern zugeleitet, die mit dem "Umweltschutz" ein neues Geschäft machen. Als dritte Möglichkeit sind direkte Umweltsteuern analog zur Gesundheitssteuer vorgesehen.
Diese drei Möglichkeiten preist auch Wogrolly in der Lehrerfortbildungsbroschüre an. Er betont dabei, daß zu alledem das "richtige Umweltbewußtsein" notwendig ist. Kollektive Schuld, das Bewußtsein, daß jeder einzelne seinen Beitrag zur Zerstörung der Umwelt leistet, ist der zentrale Punkt dieses Umweltbewußtseins. Und Wogrolly weiß auch, wie man das erreichen kann. Vor allem "breite Aufklärung der Bevölkerung über Rundfunk, Fernsehen und den Schulunterricht" (S. 1o5) wird dazu notwendig sein.

FR./Red.

PLAKATWETTBEWERB: SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES

Die Hochschülerschaft der Akademie der Bildenden Künste hat zu einem Plakatwettbewerb mit dem Thema:"Schließlich wird doch das Volk das letzte Wort haben!" aufgerufen. Am 4.November wird eine Veranstaltung stattfinden, auf der über die derzeitige Lage in Spanien und über das Ziel des Kampfes des spanischen Volkes diskutiert werden soll. Am 20.Nov. werden dann die fertigen Arbeiten aus gestellt werden. Dieser Wettbewerb ist ein gutes Mittel, um die Solidarität mit dem spanischen Volk zu verbreitern und zu vertiefen.

FORTSETZUNG v. Seite 5

Die Studenten der Pädak haben diesen Maßnahmen den Kampf angesagt. Der Umfang der Angriffe hat auch unter bisher indifferenten Kollegen große Empörung hervorgerufen. Die Empörung über diese weiteren Verschlechterungen der Studienbedingungen ist groß, wenn auch noch die meisten Kollegen sich nicht aktiv in die Bewegung eingereiht haben.

Die MLS-Zelle hatte sich schon im vorangegangenen Semester an die Studentenvertretung gewandt, eine Aktionseinheit zu bilden, um die Verordnung zu Fall zu bringen. Wir forderten zu einer Hörerversammlung auf, auf der unser Vorgehen beschlossen werden sollte.

Darauf angesprochen meinte die SPÖ-Organisation Zentralverein: Sie hätte nun Wichtigeres zu tun, da die Wahlen bevorstünden; der ÖAAB meinte, es wäre alles an der Akademie schlimm, aber der Kampf wäre das Aussichtsloseste überhaupt. Aber angesichts der Empörung über die Angriffe und Diskreditierung der Studentenvertretung durch ihre Politik, war die Studentenvertretung gezwungen, den Kampf zu unterstützen.

Die HVV vom 10.10.75, zu der 180 Kollegen kamen, beschloß,ein Komitee zu bilden, das mit folgendem beauftragt wurde:
Brief an das Ministerium, mit der Aufforderung innerhalb von 14 Tagen einen Termin zu nennen, um mit der Delegation der Studenten über die Forderungen:
- 4 unterrichtsfreie Prüfungswochen!
- Jederzeitige Möglichkeit, die Prüfungen während der ganzen Studienzeit abzulegen!

zu verhandeln.
Falls sich das Ministerium weigere, müsse es mit weiteren Maßnahmen rechnen.
Darüber hinaus beschloß das Komitee ein Flugblatt an die gesamte Hörerschaft, einen Aufruf an alle Pädagogischen Akademien auf dem Boden dieser Plattform und eine Presseerklärung an alle Tageszeitungen, die herausstreicht, daß dies ein gerechter Kampf der Studenten ist, der sich auch gegen die weitere Verschärfung des Lehrermangels an den Pflichtschulen wendet.
Das Komitee erhielt auch den Auftrag,sofort nach Reaktion des Ministeriums eine neuerliche HV zur Festlegung des weiteren gemeinsamen Vorgehens einzuberufen.
Angesichts von Verschärfungen in einem solchen Ausmaß läßt sich schließen, daß es sich um einen harten, zähen Kampf mit dem Ministerium handeln wird. Gerade in dieser Situation erhöht das die Gefahr der Versuche der bürgerlichen Studentengruppen, die Studenten mit allen Mitteln vom Kampf abzuhalten. Gerade dann, wenn viele Kollegen noch Illusionen darüber haben, ob das Ministerium die Verbesserungen nicht friedlich zugesteht. Mit diesen Illusionen rechnet auch die Direktion. Sie läßt verbreiten, daß auch die Professoren gegen die Regelung seien, weil 1600 Studenten nicht in einer Woche zu prüfen seien, daß es aber je nach Akademiegröße nun Sonderregelungen geben werde. Bei uns soll es nach wie vor 4 Wochen unterrichtsfrei geben und es werde auch bald der spezielle Erlaß für diese Sonderregelung nachfolgen.
Das ist ein Versuch der Abwiegelung und der Spaltung. Nicht irgendwelche "Sonderregelungen" nach den Bedürfnissen der Prüfer können das Ziel des Kampfes sein, sondern die Bestimmung des Erlasses muß fallen und das Recht der Studenten auf vier unterrichtsfreie Prüfungswochen und die jederzeitige Möglichkeit, die Prüfungen während der ganzen Studienzeit abzulegen, müssen gegenüber dem Ministerium durchgesetzt werden.
Es geht jetzt darum, die Mehrheit der Kollegen zu gewinnen, Klarheit über die Notwendigkeit des Kampfes und die Kampfschritte zu schaffen und das gegenüber sämtlichen Abwiegelungsversuchen seitens der bürgerlichen Gruppen den Kollegen zu erklären. Es ist dabei besonders notwendig, das Komitee klar als Organ der HV, ausschließlich der HV verantwortlich, zu bestätigen und die Studentenvertreter zu einer klaren Stellungnahme auf dem Boden des Beschlusses der HV zu zwingen. Nur wenn es gelingt, tatsächlich die Mehrheit der Kollegen in die Bewegung einzubeziehen, wenn es gelingt, diese Auseinandersetzung zu einer Konfrontation zwischen Ministerium und Studenten zu machen,dem vorerst einmal in Form eines aktiven Streiks Ausdruck zu verleihen - dann wird dieser Kampf erfolgreich sein.

G.St./Red.

»Kampf dem sozialen Numerus Clausus« – bürgerliche Demagogie

Verschiedene bürgerliche Studentenorganisationen versuchen in den Kampf um höhere Stipendien die Idee hineinzutragen, daß höhere Stipendien für die Arbeiterklasse und das Volk deshalb etwas Gutes seien, weil sie die Bildungschancen der Massen verbessern würden. Das ist ein Mittel, um unter den Studenten den Gedanken zu verankern, daß durch Ausbau und Demokratisierung der bestehenden Einrichtungen und ohne Zerschlagung der Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Gesellschaftssystems die Lage der Arbeiterklasse grundlegend verändert werden könnte.

Der Blick wird davon abgelenkt, daß das Bildungswesen der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalistenklasse dient und daß die Bildungsmisere für die Massen ihre Ursache in der sozialen Verhältnissen der Klassengesellschaft hat, die eben zwei Arten der Bildung erfordern: die Bildung zum Kopfarbeiter und die Bildung zum Handarbeiter. Keinerlei Lösung ist es, alle zum Kopfarbeiter ausbilden zu wollen, abgesehen davon, daß das sowieso nicht möglich ist.

Das Gerede von der Chancengleichheit durch "Aufhebung des sozialen Numerus Clausus" und dergleichen ist nichts anderes als Teil der Propaganda der Bourgeoisie, mit der die Idee des individuellen Aufstiegs in der Arbeiterklasse verbreitet werden soll, um die Arbeiter davon abzuhalten, eine Lösung für die ganze Klasse zu suchen. Für diese Demagogie versucht sie auch, die Studenten zu gewinnen.

H.Sp.

SYMPATHISANTENSCHULUNG DER MLS



findet jeden Mittwoch und Donnerstag um 2oh in unserem Lokal statt : 8.,Mölkergasse 3